



Protokoll Nr. 40

Sitzung von Donnerstag, 16. September 1999, 20.30 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

Vorsitzender:

1. Vizepräsident René Zimmermann

Anwesend:

Raymond Anliker	Michael Jordi	Kurt Rüegsegger
Thomas Balmer	Heinz Junker	Erich Ryter
Oskar Balsiger	Esther Kälin Plézer	Annemarie Sancar
Sven Baumann	Regula Keller	Doris Schneider
Margrith Beyeler	Blaise Kropf	Rudolph Schweizer
Peter Blaser	Andreas Krummen	Peter Sigerist
Markus Blatter	Annemarie Lehmann	Franco Sommaruga
Konrad Bossart	Leslie Lehmann	Sylvia Spring Hunziker
Annette Brunner	Peter Linder	Ernst Stauffer
Peter Bühler	Edith Lörtscher	Ueli Stückelberger
Michael Burri	Liselotte Lüscher	Béatrice Stucki
Walter Christen	Anton Maillard	Margrit Stucki-Mäder
Marie-Louise Durrer	Irène Marti Anliker	Peter Stucki
Marcel Eyer	Kurt Mäusli	Hans-Ulrich Suter
Marcel Fankhauser	Elsi Meyer	Katharina Suter
Thomas Fuchs	Barbara Mühlheim	Luzius Theiler
Verena Furrer-Lehmann	Christoph Müller	Margrit Thomet
Hans Ulrich Gränicher	Edith Olibet	Eva von Ballmoos
Adrian Haas	Rosmarie Okle Zimmermann	Catherine Weber
Ueli Haudenschild	Bernhard Pulver	Kurt W. Weyermann
Ruedi Hofer	Ruth Rauch	Hansjörg Wittwen
Stephan Hügli	Hans Peter Riesen	Andreas Zysset
Urs Jaberg	Heinz Rub	
Alfred Jordi	Ursula Rudin-Vonwil	

Entschuldigt:

Präsident Rolf Häberli	Jean-Daniel Flückiger	Beat Schori
Ernst Aebersold	Edith Madl Kubik	Christoph Stalder
Arnold Bertschy	Mario Marti	Michael Straub

Vertretung des Gemeinderats:

Stadtpräsident Klaus Baumgartner
Ursula Begert
Adrian Guggisberg
Therese Frösch

Entschuldigt:

Alfred Neukomm
Claudia Omar
Kurt Wasserfallen

Dringlicherklärung von Interpellationen

Der Rat lehnt die Dringlichkeit der Interpellation Fraktion FDP (Kurt W. Weyermann): „Verkehrsberuhigung vor Sicherheit“ mit 25 : 16 Stimmen bei 1 Enthaltung ab.

Ordentliche Traktanden

Fortsetzung der Beratungen der Nachmittagssitzung

- 3 Motion Fraktion FDP (Adrian Haas, Stephan Hügli, Katharina Suter): Anpacken statt Jammern; Sanierung der Stadtfinanzen aus eigener Kraft; Fortsetzung Abstimmung zu den einzelnen Punkten**

3. Die Regionalisierung der städtischen KVA nach dem Vorbild ARA.

Ueli Haudenschild (FDP): Die FDP hält an einer Motion aus zwei Gründen fest: Die Abfallentsorgung ist ein regionales Problem, das regional angegangen werden muss. Wie dies geschehen könnte, hat die ARA-Regionalisierung erfolgreich gezeigt. Durch eine Regionalisierung wird die Stadt einerseits entlastet, andererseits erhält die Region mehr Mitspracherecht. Die Liberalisierung der Abfallentsorgung ist eine Frage der Zeit. Wir haben nun Gelegenheit, rechtzeitig zu handeln und nicht wie im Bereich EWB der Entwicklung hintennach zu hinken. Der Rat möge mithelfen, den Punkt 3 als Motion zu überweisen. Ein Festhalten an alten Strukturen heisst nichts anders, als bewusst unnötige Kosten in Kauf zu nehmen, anstatt das Geld dort einzusetzen, wo dies nötig ist.

Peter Stucki (EVP): Die Fraktion GFL/EVP lehnt das Anliegen, die KVA zu regionalisieren nicht ab, findet jedoch, dass ein Postulat dafür richtig ist, denn es müssen zuerst Abklärungen getroffen werden. Wir fordern die FDP-Fraktion deshalb auf, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Direktor der Stadtbetriebe *Alfred Neukomm* stellt klar, die KVA koste die Steuerzahlenden der Stadt Bern im Gegensatz zur Stadt Zürich, wo Millionen an Steuergeldern quersubventioniert werden, keinen Franken. Es handelt sich um eine Spezialfinanzierung, und es wird eine Vollkostenrechnung erstellt. Unsere KVA ist eine der bestgeführten in der Schweiz. Sie ist optimal ausgelastet. 80% der Fernwärme wird aus Kehrlicht erzeugt (Wiederverwertung), und alle Gemeinden bezahlen den gleichen Preis von Fr. 171.-/Tonne für die Entsorgung. Es gibt in der Schweiz Anlagen, die einen doppelt so hohen Betrag verlangen. Die Fernwärme, welche die KVA produziert, wird nur in der Stadt Bern, vor allem in der Innenstadt, verkauft.

Ueli Haudenschild teilt mit, die FDP-Fraktion sei bereit, in ein Postulat umzuwandeln.

Beschluss

Punkt 3 wird als Postulat mit 33 : 26 Stimmen abgelehnt.

Mit Ja stimmten:

Thomas Balmer, Sven Baumann, Markus Blatter, Peter Bühler, Michael Burri, Marcel Eyer, Thomas Fuchs, Verena Furrer-Lehmann, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Alfred Jordi, Christoph Müller, Bernhard Pulver, Hans Peter Riesen, Heinz Rub, Ursula Rudin-Vonwil, Ernst Stauffer, Ueli Stückelberger, Peter Stucki, Katharina Suter, Hans-Ulrich Suter, Eva von Ballmoos-Keller, Kurt W. Weyermann, Hansjörg Wittwen

Mit Nein stimmten:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Annette Brunner, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Marcel Fankhauser, Ruedi Hofer, Michael Jordi, Heinz Juncker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Blaise Kropf, Andreas Krummen, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Irène Marti Anliker, Kurt Mäusli, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Ruth Rauch-Schumacher, Annemarie Sancar-Flückiger, Doris Schneider, Peter Sigerist, Sylvia Spring Hunziker, Margrit Stucki, Béatrice Stucki, Luzius Theiler, Catherine Weber, Andreas Zysset

4. Die Aufhebung der Schulzahnklinik (und die Übertragung der Aufgaben an die private Zahnärzteschaft via Ausschreibung).

Markus Blatter (FDP): Unsere Fraktion hat schon vor einem Jahr gute Gründe für die Unterstützung der Motion Michael Burri genannt. Wir sind der Meinung, dass die Übernahme der Aufgaben der Schulzahnklinik durch Private durchaus möglich ist. Ein Interesse der privaten Zahnärzteschaft ist vorhanden. Weshalb werden diese Aufgaben nicht ausgeschrieben? Der Kostendeckungsgrad ist nach wie vor ungenügend. Obwohl eine Mietzinsreduktion im Gebäude Rodtmattstrasse 47 erreicht werden konnte, ist der Vertrag für die Stadt immer noch untragbar. Bei einer Schliessung der Schulzahnklinik und einer Untervermietung dieses Gebäudes könnte die Rechnung besser und das Defizit kleiner werden. Die FDP-Fraktion hält an einer Motion fest.

Edith Olibet (SP): Die SP-Fraktion kann diese Forderung nach wie vor nicht unterstützen. Diese teure Liegenschaft kann auch nicht untervermietet werden, wie die leere Polizeiwache an der Moserstrasse zeigt.

Kurt Mäusli (SP) findet die Vorstösse der FDP mühsam, denn all diese Forderungen sind in einzelnen Vorstössen schon einmal behandelt worden. Die SP hat klar ausgeführt, weshalb sie die Schulzahnklinik nicht privatisieren will. Die privaten Zahnärzte haben festgehalten, dass sie die prophylaktischen Massnahmen, welche in der Schulzahnklinik angeboten werden, nicht generell übernehmen könnten. Es geht zudem um ein soziales Anliegen. Die Tarife der Schulzahnklinik richten sich nach dem Einkommen der Eltern. Die Zähne der Kinder dürfen nicht vernachlässigt werden, weil ihre Eltern die Zahnarztkosten nicht bezahlen können. Viele Zahnärzte, die in der Stadt Bern praktizieren, wohnen zudem in Muri und bezahlen auch dort Steuern und nicht in der Stadt Bern.

Auch *Michael Burri* (GFL) lehnt diese Motion ab. Er hat vor einem Jahr betriebswirtschaftlich argumentiert und zur Kenntnis genommen, dass die Stadt nun mit dieser teuren Liegenschaft an der Rodtmattstrasse leben müsse. Er hat seine Motion deshalb auf die Schliessung der Filiale Bümpliz reduziert. Das entscheidende Argument, weshalb die Fraktion GFL/EVP den Vorstoss auch als Postulat ablehnt ist, dass die Schulzahnklinik seit einigen Monaten einen äusserst fähigen neuen Chef, einen engagierten Fachmann in der Kinderzahnheilkunde, hat. Er hat in Hamburg seine prosperierende Privatpraxis aufgegeben und ist in die Stadt Bern gekommen. Dieser motivierte Chef versucht, die Schulzahnklinik auf Vordermann zu bringen, was ihm unserer Meinung nach auch gelingen wird. Es widerspricht jeder betriebswirtschaftlichen Logik, so kurze Zeit nach Antritt eines neuen Chefs die Schulzahnklinik in Frage zu stellen.

Kurt W. Weyermann (FDP) betont, dass die FDP-Fraktion in den letzten sieben Jahren immer wieder Vorstösse eingereicht habe, die von den RGM-Fraktionen alle abgelehnt worden sind. Es bedeutet Arroganz der Macht, zu behaupten, die heutigen Vorstösse seien überflüssig.

Kurt Mäusli (SP) entgegnet dem Vorredner, der Vertrag für die Rodtmattstrasse 47 sei auf 20 Jahre abgeschlossen worden und laufe weiter.

Stephan Hügli (FDP) hält fest, dass sich die Schulzahnklinik in einer unbestrittenermassen zu teuren Liegenschaft befinde und dass Fehler gemacht worden sind, was im Rat schon ausführlich diskutiert worden ist. Die Liegenschaft kann wahrscheinlich nicht zum gleichen Preis weitervermietet werden, vielleicht gibt es jedoch eine Möglichkeit, sie mit einem geringeren Defizit weiterzuvermieten.

Beschluss

Der Rat lehnt Punkt 4 als Motion mit 42 : 18 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab.

Mit Ja stimmten:

Thomas Balmer, Markus Blatter, Peter Bühler, Thomas Fuchs, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Alfred Jordi, Anton Maillard, Christoph Müller, Heinz Rub, Kurt Rüegsegger, Ernst Stauffer, Katharina Suter, Hans Ulrich Suter, Kurt W. Weyermann, Hansjörg Wittwen

Mit Nein stimmten:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Sven Baumann, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Annette Brunner, Michael Burri, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Marcel Fankhauser, Verena Furrer-Lehmann, Ruedi Hofer, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Blaise Kropf, Andreas Krummen, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Liselotte Lüscher, Irène Marti Anliker, Kurt Mäusli, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Bernhard Pulver, Ruth Rauch-Schumacher, Ursula Rudin-Vonwil, Annemarie Sancar-Flückiger, Doris Schneider, Peter Sigerist, Franco Sommaruga, Sylvia Spring Hunziker, Ueli Stüchelberger, Margrit Stucki, Peter Stucki, Béatrice Stucki, Luzius Theiler, Eva von Ballmoos-Keller, Andreas Zysset.

Enthaltungen:

Marcel Eyer, Hans Peter Riesen

5. Die Umwandlung des EWB's in eine Aktiengesellschaft und den Verkauf (mindestens eines Minderheitspaketes) der Aktien an andere Träger.

Ueli Haudenschild (FDP) wandelt diesen Punkt in ein Postulat um, da auch einzelne Ratsmitglieder der RGM bereit sind mitzudenken und nicht alle Forderungen pauschal abzulehnen. In der Antwort des Gemeinderats wird die Aktiengesellschaft zum Teil als Schreckgespenst dargestellt und die politische Akzeptanz angezweifelt. Aktiengesellschaft heisst nicht automatisch Verkauf und Verlust von Einflussmöglichkeiten, ansonst würde kein Privater seinen Betrieb in eine Aktiengesellschaft umwandeln. Aktiengesellschaft heisst jedoch, dass nicht das ganze Kapital selber aufgebracht werden muss, bzw. dass ein Teil der Aktien an andere verkauft, mit der Aktienmehrheit jedoch sichergestellt werden kann, dass der Einfluss gewährleistet bleibt. Der Gemeinderat führt die politische Akzeptanz als Grund gegen eine Aktiengesellschaft auf. Wenn der verantwortliche SP-Gemeinderat der Meinung ist, eine Aktiengesellschaft sei die bessere Lösung, wäre es an ihm, diese Ansicht in seiner Partei entsprechend zu vertreten, was auch in der SP-Fraktion zu einem Meinungsumschwung führte. Ueli Haudenschild ist der Meinung, dass der Widerstand vor allem auf Verständnisprobleme bezüglich der Aktiengesellschaft zurückzuführen ist. Der Hinweis darauf, dass in der Bewertung von Elektrizitätswerken ein Abwärtstrend eingesetzt habe, deutet darauf hin, dass der richtige Zeitpunkt verschlafen worden ist und wir nun darauf getröstet werden, dass in Zukunft alles wieder viel besser werde. Im Moment wissen wir jedoch überhaupt nicht, wie sich der Markt entwickeln wird, wenn er voll liberalisiert ist. Jetzt davon auszugehen, dass ein Verkauf später besser wäre, ist fahrlässig. Wir sind immer noch in der Lage, gute Partner zu finden und einen guten Preis zu lösen. Ueli Haudenschild bittet den Rat deshalb, nochmals darüber zu diskutieren, welche Form die richtige für die Verselbständigung des EWB's ist.

Kurt Mäusli (SP): Auch darüber hat der Rat lange diskutiert und beschlossen, dass das EWB in eine öffentlich-rechtliche Anstalt umgewandelt werden soll. In einer öffentlich-rechtlichen Anstalt behält die Stadt ein Mitspracherecht und kann Einfluss nehmen, währenddem in einer AG der Verwaltungsrat entscheidet. Der Rat möge den Vorstoss ablehnen.

Beschluss

Punkt 5 wird als Postulat mit 41 : 26 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Mit Ja stimmten:

Thomas Balmer, Sven Baumann, Markus Blatter, Michael Burri, Thomas Fuchs, Verena Furrer-Lehmann, Hans Ulrich Gränicher, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs

Jaberg, Annemarie Lehmann, Peter Linder, Anton Maillard, Christoph Müller, Bernhard Pulver, Heinz Rub, Kurt Rüegsegger, Erich Ryter, Rudolph Schweizer, Ueli Stüchelberger, Peter Stucki, Katharina Suter, Hans Ulrich Suter, Margrit Thomet, Kurt W. Weyermann

Mit Nein stimmten:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Annette Brunner, Peter Bühler, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Marcel Eyer, Marcel Fankhauser, Ruedi Hofer, Alfred Jordi, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Blaise Kropf, Andreas Krummen, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Liselotte Lüscher, Irène Marti Anliker, Kurt Mäusli, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Ruth Rauch-Schumacher, Hans Peter Riesen, Annemarie Sancar-Flückiger, Doris Schneider, Peter Sigerist, Franco Sommaruga, Sylvia Spring Hunziker, Ernst Stauffer, Margrit Stucki, Béatrice Stucki, Luzius Theiler, Catherine Weber, Hansjörg Wittwen, Andreas Zysset.

Enthaltungen:

Ursula Rudin-Vonwil, Eva von Ballmoos-Keller

6. Eine weitere Redimensionierung der Stadtgärtnerei mit dem Ziel, den Unterhalt von Grünanlagen Privaten zu übertragen.

Kurt W. Weyermann (FDP): Laut neuem Friedhofreglement ist es auch aussenstehenden Gärtnereien gestattet, in der Grabpflege tätig zu sein. Es braucht bei der Stadtgärtnerei somit weniger Personal, und zwar nicht nur bei den Gärtnern und Gärtnerinnen. Bekanntlich arbeitet die Stadtgärtnerei nun mit Vollkostenrechnung. In der Antwort des Gemeinderats auf ein Postulat von Franziska Stalder steht, dass die Vollkostenrechnung der Grünanlagen *ohne Direktion, Personalamt und Finanzverwaltung* erstellt wird. Wenn einer so in der Privatwirtschaft rechnet, kann er zusammenpacken. Die Stadt könnte in der Stadtgärtnerei mit unserer Forderung rund eine Million Franken sparen. Der Rat möge die Motion überweisen.

Edith Olibet (SP) findet die Vorstösse der FDP-Fraktion eine absolute Zumutung. Sie fühlt sich verschaukelt und missbraucht. Letzen Donnerstag hat die SP-Fraktion der Umkehrung der Traktanden zugestimmt, in der Meinung, sie könne damit etwas zur politischen Kultur beitragen. Die FDP-Fraktion hat es nicht für nötig befunden, die einzelnen Vorstösse schriftlich zu begründen, und dies wird heute nachgeholt. Das ist ein Affront. Die Stadtgärtnerei gehört für uns zur Grundversorgung, und wir werden auch dieses Postulat ablehnen.

Planungs- und Baudirektor *Adrian Guggisberg* führt aus, der Gemeinderat sei bereit, diesen Punkt als Postulat entgegenzunehmen. Die hier formulierte Motion führte nicht zum Ziel. Die Stadtgärtnerei hat sich freiwillig als NSB-Pilotprojekt einem Konkurrenzverhältnis zu andern Leistungserbringern unterzogen. Die Zahlen des ersten Jahres zeigen, dass die Stadtgärtnerei absolut gleichwertig arbeitet wie ein Privatbetrieb. Sie wird auch effizient und unternehmerisch geführt. Die Stadtgärtnerei ist jedoch bereit, ihre Anstrengungen fortzusetzen und Arbeiten, wo dies kostengünstiger ist, extern zu vergeben. 1997 hat die Stadtgärtnerei Arbeiten für rund 1,3397 Mio Franken extern vergeben, 1998 für 1,715 Mio Franken. Eine Motion ist hier abzulehnen.

Beschluss

Punkt 6 wird als Motion mit 48 : 18 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Mit Ja stimmten:

Thomas Balmer, Markus Blatter, Thomas Fuchs, Hans Ulrich Gränicher, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Annemarie Lehmann, Peter Linder, Christoph Müller, Heinz Rub, Kurt Rüegsegger, Erich Ryter, Rudolph Schweizer, Katharina Suter, Hans-Ulrich Suter, Margrit Thomet, Kurt W. Weyermann

Mit Nein stimmten:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Sven Baumann, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Annette Brunner, Peter Bühler, Michael Burri, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Marcel Eyer, Marcel Fankhauser, Verena Furrer-Lehmann, Ruedi Hofer, Alfred Jordi, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Blaise Kropf, Andreas Krummen, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Irène Marti Anliker, Kurt Mäusli, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Bernhard Pulver, Ruth Rauch-Schumacher, Hans Peter Riesen, Ursula Rudin-Vonwil, Annemarie Sancar-Flückiger, Doris Schneider, Peter Sigerist, Franco Sommaruga, Sylvia Spring Hunziker, Ernst Stauffer, Ueli Stückelberger, Peter Stucki, Margrit Stucki, Béatrice Stucki, Luzius Theiler, Eva von Ballmoos, Catherine Weber, Hansjörg Wittwen, Andreas Zysset

Enthaltungen:

Konrad Bossart, Anton Maillard

Peter Sigerist (GB) stellt einen Ordnungsantrag. Er hat letzten Donnerstag eine Traktandenänderung abgelehnt, weil er genau wusste, wie die Debatte heute laufen wird. Auftrag des Rats ist es heute, die Volksabstimmung über das Budget 2000 vorzubereiten. Er beantragt Abbruch der Diskussion und dass nur noch über die einzelnen Punkte abgestimmt wird.

Beschluss

Der Rat stimmt dem Ordnungsantrag Sigerist mit 33 : 30 Stimmen bei 4 Enthaltungen zu.

Mit Ja stimmten:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Annette Brunner, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Marcel Fankhauser, Ruedi Hofer, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Blaise Kropf, Andreas Krummen, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Liselotte Lüscher, Irène Marti Anliker, Kurt Mäusli, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Ruth Rauch-Schumacher, Annemarie Sancar-Flückiger, Doris Schneider, Peter Sigerist, Franco Sommaruga, Margrit Stucki, Béatrice Stucki, Catherine Weber, Hansjörg Wittwen, Andreas Zysset

Mit Nein stimmten:

Thomas Balmer, Markus Blatter, Konrad Bossart, Peter Bühler, Michael Burri, Marcel Eyer, Thomas Fuchs, Hans Ulrich Gränicher, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Alfred Jordi, Annemarie Lehmann, Anton Maillard, Christoph Müller, Bernhard Pulver, Hans Peter Riesen, Kurt Rüegsegger, Erich Ryter, Rudolph Schweizer, Ernst Stauffer, Peter Stucki, Katharina Suter, Hans-Ulrich Suter, Luzius Theiler, Margrit Thomet, Eva von Ballmoos-Keller, Kurt W. Weyermann, Hansjörg Wittwen

Enthaltungen:

Sven Baumann, Verena Furrer-Lehmann, Ursula Rudin-Vonwil, Ueli Stückelberger

Adrian Haas (FDP) betont, die in der Rednerliste eingetragenen Ratsmitglieder hätten gemäss Ratsreglement das Recht, noch zu sprechen.

Der *Vorsitzende* bestätigt diese Aussage. Der Ordnungsantrag ist angenommen worden, aber die eingeschriebenen Personen dürfen noch sprechen.

7. Den Verkauf der verschiedenen städtischen Restaurants zwecks Schuldentilgung und Reduktion der Zinslasten in der laufenden Rechnung (für die entsprechende Entnahme aus dem Fonds soll eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden).

Heinz Rub (FDP) gönnt jedem Pächter einen gut laufenden Betrieb und gönnt es jedem Pächter, der einen städtischen Betrieb führen kann. Jeder Pächter hat jedoch ein Interesse daran, in einem eigenen Lokal wirt zu können. Die Stadt weist Einnahmen aus den städti-

schen Restaurationsliegenschaften aus, wenn jedoch eine Vollkostenrechnung erstellt wird, reduzieren diese sich auf Null: Verwaltungskosten, Investitionen, Verpflichtungen, Pächterwechsel usw. ergeben in den meisten städtischen Restaurationsbetrieben Negativresultate. Es ist nicht eine Kernaufgabe einer Stadt, Restaurationsbetriebe zu besitzen. Eine Privatisierung in diesen Betrieben bringt in der Regel viel mehr. Es sind folgende Varianten möglich: Verkauf der Liegenschaften, Verkauf von Stockwerkeigentum, Abgabe im Baurecht oder Rohbaumiete. Die FDP-Fraktion hält an einer Motion zu Punkt 7 fest.

Finanzdirektorin *Therese Frösch* lehnt die Motion ab. Der Stadtrat hat vor kurzer Zeit für 800'000 Franken eine neue EDV für die Liegenschaftsverwaltung bewilligt. Heinz Rub hat als Mitglied der GPK-Delegation diese Reorganisation inklusive deren Ziele und die Anschaffungen gutgeheissen. Die Forderung liegt schief in der Landschaft und sollte zurückgenommen werden. Von den 15 städtischen Restaurationsbetrieben sind 10 im Fonds, 2 im Finanzvermögen und 2 im Verwaltungsvermögen und eines im Gertrud Huber-Fonds. Mit einem Verkauf könnten ca. 10 Millionen gelöst werden. Der jährliche Ertrag beträgt 1,2 Mio Franken (Berechnung 1997). Ein Verkauf ist somit abzulehnen.

Beschluss

Der Rat lehnt Punkt 7 als Motion mit 37 : 31 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab.

Mit Ja stimmten:

Thomas Balmer, Sven Baumann, Markus Blatter, Konrad Bossart, Peter Bühler, Michael Burri, Thomas Fuchs, Verena Furrer-Lehmann, Hans Ulrich Gränicher, Adrian Haas, Ueli Haudenschield, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Alfred Jordi, Annemarie Lehmann, Peter Linder, Anton Maillard, Christoph Müller, Bernhard Pulver, Hans Peter Riesen, Heinz Rub, Kurt Rüeggsegger, Erich Ryter, Rudolph Schweizer, Ueli Stüchelberger, Peter Stucki, Katharina Suter, Hans Ulrich Suter, Margrit Thomet, Eva von Ballmoos-Keller, Kurt W. Weyermann

Mit Nein stimmten:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Annette Brunner, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Marcel Eyer, Marcel Fankhauser, Ruedi Hofer, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Blaise Kropf, Andreas Krummen, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Liselotte Lüscher, Irène Marti Anliker, Kurt Mäusli, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Ruth Rauch-Schumacher, Annemarie Sancar-Flückiger, Doris Schneider, Peter Sigerist, Sylvia Spring Hunziker, Ernst Stauffer, Margrit Stucki, Béatrice Stucki, Luzius Theiler, Catherine Weber, Hansjörg Wittwen, Andreas Zysset

Enthaltungen:

Ursula Rudin-Vonwil, Franco Sommaruga

8. Die Reduktion der Fachstelle für Gleichstellung von heute 150 Stellenprozente auf max. 100.

Kurt W. Weyermann (FDP): Diese Fachstelle scheint ein heisses Eisen zu sein, denn das von ihm am 27. November 1998 eingereichte Postulat ist noch nicht beantwortet worden. Diese Fachstelle hat sich in den letzten Jahren zu einer Ausstellungspromotorin entwickelt. Die Statistik im Verwaltungsbericht 1998 zeigt auf, dass die Fachstelle weniger frequentiert wird, verglichen mit 1997 nur noch halb so viele Anfragen. Die Kosten für Versand und Druck im Zusammenhang mit den Ausstellungen gehen zulasten der Stadt. Die Ausstellungen dienten dazu, Leute in die Fachstelle zu locken, d.h. den Leuten die Schwellenangst zu nehmen. Knapp 35 Personen suchen die Fachstelle jährlich auf. Sie entwickelt sich klar zu einer Frauenförderungsstelle, was sich auch in der Aussage von Regula Mader anlässlich der Diskussion zur Produktgruppe Jugendpflege zeigte: *Mädchen und junge Frauen werden in ihrer Entwicklung zur Entfaltung eigener Stärken und Fähigkeiten speziell unterstützt. Ist das Gleichstellung?*

Beschluss

Punkt 8 wird als Motion mit 43 : 25 Stimmen abgelehnt.

Mit Ja stimmten:

Thomas Balmer, Markus Blatter, Konrad Bossart, Peter Bühler, Marcel Eyer, Thomas Fuchs, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Alfred Jordi, Peter Linder, Anton Maillard, Christoph Müller, Hans Peter Riesen, Heinz Rub, Kurt Rüegsegger, Erich Ryter, Rudolph Schweizer, Ernst Stauffer, Katharina Suter, Hans-Ulrich Suter, Margrit Thomet, Kurt W. Weyermann, Hansjörg Wittwen

Mit Nein stimmten:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Sven Baumann, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Annette Brunner, Michael Burri, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Marcel Fankhauser, Verena Furrer-Lehmann, Ruedi Hofer, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Blaise Kropf, Andreas Krummen, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Liselotte Lüscher, Irène Marti Anliker, Kurt Mäusli, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Bernhard Pulver, Ruth Rauch-Schumacher, Ursula Rudin-Vonwil, Annemarie Sancar-Flückiger, Doris Schneider, Peter Sigerist, Franco Sommaruga, Sylvia Spring Hunziker, Ueli Stüchelberger, Peter Stucki, Margrit Stucki, Béatrice Stucki, Luzius Theiler, Eva von Ballmoos, Catherine Weber, Andreas Zysset

9. Die Zusammenlegung der städtischen (400 Stellenprozente!) und der kantonalen Denkmalpflege (Synergien).

Hans-Ulrich Suter (FDP): Unsere Fraktion ist nicht gegen einen Denkmalschutz, wir glauben jedoch, dass die Stadt die Denkmalpflege billiger haben könnte. Wir halten an einer Motion für die Zusammenlegung der städtischen und der kantonalen Denkmalpflege fest, weil die Denkmalpflege grundsätzlich eine kantonale Angelegenheit ist. Im Kanton Bern hat einzig die Stadt Bern eine eigene Denkmalpflege, und Sitz der kantonalen Denkmalpflege ist die Stadt Bern. Der Rat möge Punkt 9 als Motion überweisen.

Stadtpräsident *Klaus Baumgartner* lehnt die Motion im Namen des Gemeinderats ab. Die Argumentation der FDP ist blauäugig. Der Gemeinderat steht zum Weltkulturgut Stadt Bern. Der Kanton würde lediglich 0,6 Stellen für die Stadt Bern zur Verfügung stellen können. Er bezahlt nun einen etwas höheren Beitrag. Die Lösung besteht darin, uns beim Kanton für einen höheren Beitrag einzusetzen. Wie der Stadtpräsident im Rat schon mehrmals ausgeführt hat, stellt sich auch die Frage, ob man wirklich so lange warten will, bis der Kanton für geschützte Bauten eine Baubewilligung ausstellt.

Hans-Ulrich Suter: Die FDP-Fraktion ist bereit, Punkt 9 in ein Postulat umzuwandeln.

Beschluss

Punkt 9 wird als Postulat mit 38 : 23 Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt.

Thomas Balmer, Markus Blatter, Konrad Bossart, Peter Bühler, Marcel Eyer, Thomas Fuchs, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Alfred Jordi, Peter Linder, Anton Maillard, Christoph Müller, Hans Peter Riesen, Kurt Rüegsegger, Erich Ryter, Rudolph Schweizer, Ernst Stauffer, Katharina Suter, Hans-Ulrich Suter, Margrit Thomet, Kurt W. Weyermann, Hansjörg Wittwen

Mit Nein stimmten:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Annette Brunner, Michael Burri, Marie-Louise Durrer, Verena Furrer-Lehmann, Ruedi Hofer, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Blaise Kropf, Andreas Krummen, Leslie Lehmann,

Edith Lörtscher, Liselotte Lüscher, Irène Marti Anliker, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Bernhard Pulver, Ruth Rauch-Schumacher, Ursula Rudin-Vonwil, Annemarie Sancar-Flückiger, Doris Schneider, Peter Sigerist, Sylvia Spring Hunziker, Ueli Stüchelberger, Peter Stucki, Margrit Stucki, Béatrice Stucki, Luzius Theiler, Eva von Ballmoos, Catherine Weber, Andreas Zysset

Enthaltungen:

Sven Baumann, Walter Christen, Marcel Fankhauser, Urs Jaberg, Annemarie Lehmann, Kurt Mäusli, Franco Sommaruga

10. Die Übertragung der Liegenschaftsverwaltung an Private (Ausschreibung).

Stephan Hügli (FDP) erinnert daran, was zur Liegenschaftsverwaltung in der letzten Zeit alles gesagt worden ist. Uns gibt die Entwicklung, die im Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik stattfindet, sehr zu denken: Die Defizite wachsen ständig an und die Reserven sind bald aufgebraucht. Dies verbunden mit einer schlechten und sanierungsbedürftigen Bausubstanz. Wir sind überzeugt, dass eine private Liegenschaftsverwaltung in den letzten Jahren wesentlich bessere Erträge erzielt und mehr aus den eingesetzten Mitteln herausgeholt hätte. Dies liegt nicht primär an den auf der Liegenschaftsverwaltung arbeitenden Personen, sondern mehr an der Einbettung der LV im politischen System, das es offenbar nicht erlaubt, bessere Resultate zu erzielen. Die Anforderungen an eine private oder städtische Liegenschaftsverwaltung zur Erhaltung der Bausubstanz sind nicht unterschiedlich. Es kann auch erwogen werden, die ganze LV an einen Liegenschaftsverwalter zu übertragen, mit Übernahme von Hard- und Software und allenfalls auch der heute benutzten Räumlichkeiten. Die überaus häufigen Stellenwechsel mit sehr hohen Wiederbesetzungskosten deuten darauf hin, dass in der LV das eine oder andere nicht stimmt. Mit einem Outsourcing könnte ein Neuanfang gemacht werden, der für alle Beteiligten das Beste wäre und der Stadt Mehrerträge und Minderkosten brächte. Der Rat möge der Motion zustimmen.

Finanzdirektorin *Therese Frösch* findet auch hier den Zeitpunkt falsch. Gemeinderat und Stadtrat haben miteinander Massnahmen beschlossen und mit NSB und Regierungsreform entstehen bestimmt Synergien. Der Motionspunkt ist sachlich falsch, weil der LV ein Auftrag erteilt wurde, der erledigt wird. Es geht aber auch darum, den wirtschaftlichen und sozialen Auftrag wahrzunehmen. Die Reorganisation ist an die Hand genommen worden, damit die LV endlich wieder gut funktioniert. In dieser Situation eine Privatisierung zu fordern, ist unverantwortlich. Gegen ein Postulat wehren wir uns jedoch nicht. In den letzten Jahren ist zudem mehr für Renovationen investiert worden und gleichzeitig wurde die Mietzinspolitik erneuert. Gemäss Kurzanalyse hätte ein Outsourcing nicht automatisch einen positiven Einfluss auf die Rechnung der LV, weil sehr viele gemeinwirtschaftliche Arbeiten, die in einer Stadt anfallen, weiterhin durch internes Personal ausgeführt werden müssen. Koordinationsarbeiten mit externen Verwaltungen sind sehr aufwendig. Eine städtische Liegenschaftsverwaltung kann ebenso gut funktionieren wie eine Private, sie muss jedoch schwierigere, vernetzte Aufgaben erfüllen. Die Pensionskasse besitzt z.B. reine Renditenobjekte. Gemäss neuer GO können auch Abteilungen verschoben und sollen auch diskutiert werden. Die Angestellten der LV waren sehr aufgewühlt, als sie feststellten, dass nun eine unheilige Allianz für eine Privatisierung besteht, was sehr kontraproduktiv ist. Der Rat möge eine Motion ablehnen.

Beschluss

Punkt 10 wird als Motion mit 36 : 30 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Mit Ja stimmten:

Thomas Balmer, Sven Baumann, Markus Blatter, Konrad Bossart, Peter Bühler, Michael Burri, Marcel Eyer, Thomas Fuchs, Verena Furrer-Lehmann, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Annemarie Lehmann, Peter Linder, Christoph Müller, Bernhard Pulver, Hans Peter Riesen, Heinz Rub, Kurt Rüegsegger, Erich Ryter, Rudolph Schweizer,

Ernst Stauffer, Ueli Stückelberger, Peter Stucki, Katharina Suter, Hans-Ulrich Suter, Margrit Thomet, Kurt W. Weyermann, Hansjörg Wittwen

Mit Nein stimmten:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Annette Brunner, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Marcel Fankhauser, Ruedi Hofer, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Blaise Kropf, Andreas Krummen, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Liselotte Lüscher, Irène Marti Anliker, Kur Mäusli, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Ruth Rauch-Schumacher, Ursula Rudin-Vonwil, Annemarie Sancar-Flückiger, Doris Schneider, Peter Sigerist, Sylvia Spring Hunziker, Margrit Stucki, Béatrice Stucki, Luzius Theiler, Eva von Ballmoos, Catherine Weber, Andreas Zysset

Enthaltungen:

Alfred Jordi, Franco Sommaruga

11. Die Festlegung einer abgestuften Sparvorgabe in % des Globalbudgets während mehreren Jahren (jedes Jahr etwas mehr, z.B. 3%, 5%, 10%) für die NSB-Projekte. Dies ist mit Blick auf die Effizienzsteigerung als Folge der Einführung der Kostenrechnung ohne weiteres verkraftbar.

Stephan Hügli (FDP): Wir haben immer die Tendenz, niemandem etwas wegzunehmen und allen etwas mehr zu geben, denn es könnte sich um Wählende handeln, und kleine Geschenke erhalten die Freundschaft. Zurzeit leben wir in einem noch halbwegs gemütlichen Leben auf Kosten künftiger Generationen. Stephan Hügli bewundert die rotgrüne Regierung in Berlin um ihren Mut, trotz der teils katastrophalen Wahlergebnisse den eingeschlagenen Weg, den Kurs zur Sanierung der Staatsfinanzen, fortzusetzen. Kanzler Schröder und seine Regierung sind bereit, die partikulären Parteiinteressen den Landesinteressen hintanzustellen. Es scheint, dass die bernische RGM-Mehrheit eher auf die nächsten Wahlen als auf die Stadtinteressen blickt. Entgegen der Auffassung des Gemeinderats geht es der FDP hier nicht um eine lineare Kürzung quer durch alle Projekte, sondern Gemeinde und Parlament sollten diskutieren, wo und in welchen Pilotprojekten allenfalls mehr und wo weniger ausgegeben werden soll und trotzdem die Zielvorgabe einer prozentualen Reduktion im NSB-Budget verwirklichen. Der Gemeinderat selber spricht davon, dass in NSB-Projekten eine Effizienzsteigerung habe realisiert werden können. Wie wirkt sich diese aus? Einsparungen müssen eine Folge dieser Effizienzsteigerung sein. Die Einführung der Kostenrechnung wirkt sich bei den NSB-Piloten, welche über einen grösseren Handlungsspielraum verfügen, bestimmt am schnellsten aus. Der Rat möge deshalb der Motion zustimmen.

Beschluss

Punkt 11 wird als Motion mit 41 : 23 Stimmen abgelehnt.

Mit Ja stimmten:

Thomas Balmer, Markus Blatter, Peter Bühler, Marcel Eyer, Thomas Fuchs, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Alfred Jordi, Annemarie Lehmann, Peter Linder, Anton Maillard, Christoph Müller, Hans Peter Riesen, Kurt Rüegsegger, Erich Ryter, Ernst Stauffer, Katharina Suter, Hans-Ulrich Suter, Margrit Thomet, Kurt W. Weyermann, Hansjörg Wittwen

Mit Nein stimmten:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Annette Brunner, Michael Burri, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Marcel Fankhauser, Verena Furrer-Lehmann, Ruedi Hofer, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Blaise Kropf, Andreas Krummen, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Liselotte Lüscher, Irène Marti Anliker, Kurt Mäusli, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Bernhard Pulver, Ruth Rauch-Schumacher, Ursula Rudin-Vonwil, Annemarie Sancar-Flückiger,

Doris Schneider, Peter Sigerist, Franco Sommaruga, Sylvia Spring Hunziker, Ueli Stückelberger, Margrit Stucki, Béatrice Stucki, Luzius Theiler, Eva von Ballmoos, Catherine Weber, Andreas Zysset

12. Die Auflistung sämtlicher kostenrelevanten, überwiesenen aber noch nicht erfüllten parlamentarischen Vorstösse (z.B. jene Motion, die für 36 Mio Franken die Absenkung aller Trottoirs verlangt) und die Unterbreitung dieser Liste an den Stadtrat zwecks Sistierung.

Adrian Haas (FDP): Es existieren zahlreiche überwiesene Vorstösse, die Kosten auslösen werden. Die heutige Finanzlage erlaubt es nicht mehr, das Fuder auch nur wenig aufzuladen. Deshalb verlangen wir vom Gemeinderat eine Liste mit dem Antrag, die entsprechenden Vorstösse zu sistieren (z.B. Motion Trottoirabsenkung, Motion für die Messung von Luftqualität mit Flechten, Motion für einen zweiten Technopark). Diese Vorstösse sind höchst finanzrelevant, und es würde sich lohnen über deren Sistierung zu diskutieren.

Beschluss

Punkt 12 wird als Motion mit 41 : 26 Stimmen abgelehnt.

Mit Ja stimmten:

Thomas Balmer, Markus Blatter, Konrad Bossart, Peter Bühler, Marcel Eyer, Thomas Fuchs, Hans Ulrich Gränicher, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Alfred Jordi, Annemarie Lehmann, Peter Linder, Anton Maillard, Christoph Müller, Hans Peter Riesen, Heinz Rub, Kurt Rüegsegger, Rudolph Schweizer, Ernst Stauffer, Katharina Suter, Hans-Ulrich Suter, Margrit Thomet, Kurt W. Weyermann, Hansjörg Wittwen

Mit Nein stimmten:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Sven Baumann, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Annette Brunner, Michael Burri, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Marcel Fankhauser, Verena Furrer-Lehmann, Ruedi Hofer, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Blaise Kropf, Andreas Krummen, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Liselotte Lüscher, Irène Marti Anliker, Kurt Mäusli, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Bernhard Pulver, Ruth Rauch-Schumacher, Ursula Rudin-Vonwil, Annemarie Sancar-Flückiger, Doris Schneider, Peter Sigerist, Sylvia Spring Hunziker, Ueli Stückelberger, Margrit Stucki, Béatrice Stucki, Luzius Theiler, Eva von Ballmoos-Keller, Catherine Weber, Andreas Zysset

Postulate

13. Den Verzicht auf die Einführung der ab 1. Januar 2000 geplanten Arbeitszeitverkürzung um 4,76% oder 2 Stunden pro Woche mit nur teilweiser Lohnkürzung (via Nichtausgleich der Teuerung) und Anstellung von neuen 33 Personen (!)

Stephan Hügli (FDP): Wir sind überzeugt, dass die Übung Arbeitszeitverkürzung zu einer Verteuerung der Arbeit der Stadtverwaltung führt. Deshalb muss diese Übung abgebrochen werden. Eine der beiden Stunden Arbeitszeitverkürzung geht zu Lasten der Stadt und die andere zu Lasten des Personals via Nichtausgleich der Teuerung. Mit dem Resultat, dass einerseits Stellen geschaffen werden müssen, womit die Rechnung verfälscht wird. Faktisch führt diese Übung dazu, dass die Arbeit der städtischen Angestellten mehr kostet, andererseits führt sie zu einer Stundenlohnerhöhung, aber die einzelnen Angestellten erhalten am Ende des Monats weniger Lohn. Falls eine Überkapazität im Prozentualbereich besteht, wäre es ehrlicher, anstatt die Arbeitszeit zu verkürzen, auf eine sozialverträgliche Art Stellen zu reduzieren und aufzuheben.

Finanzdirektorin *Therese Frösch* versteht die Welt nicht mehr. Sie habe Stephan Hügli die Zusammenhänge schon mehrere Male erklärt, und er kann ihre Ausführungen auch im ent-

sprechenden FIKO-Protokoll nachlesen. Er behauptet jedoch immer wieder dasselbe. Die Arbeitszeitverkürzung ist zwar verschoben worden, dem Gemeinderat wurde jedoch zugestanden, dass er den Zeitpunkt für die Einführung beschliessen könne, wenn die Teuerung mindestens 0,6% beträgt. Mit der Arbeitszeitverkürzung können innerhalb von 3 Jahren 19 Mio Franken eingespart werden, weil die Rentner und Rentnerinnen mitbezahlen. Trotzdem Stellen bei den Schichtbetrieben geschaffen und auch mit der Polizei eine sehr gute Lösung gefunden werden konnte, verzichten wir bei Nichteinführung der Arbeitszeitverkürzung auf 19 Mio Franken netto. Die Finanzdirektorin bittet den Rat, dieses Postulat abzulehnen.

Beschluss

Punkt 13 wird vom Rat mit 43 : 18 Stimmen abgelehnt.

Mit Ja stimmten:

Thomas Balmer, Markus Blatter, Thomas Fuchs, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Annemarie Lehmann, Peter Linder, Anton Maillard, Christoph Müller, Erich Ryter, Rudolph Schweizer, Ernst Stauffer, Katharina Suter, Hans-Ulrich Suter, Margrit Thomet, Kurt W. Weyermann

Mit Nein stimmten:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Sven Baumann, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Annette Brunner, Peter Bühler, Michael Burri, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Marcel Eyer, Marcel Fankhauser, Ruedi Hofer, Alfred Jordi, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Blaise Kropf, Andreas Krummen, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Liselotte Lüscher, Irène Marti Anliker, Kurt Mäusli, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Bernhard Pulver, Ruth Rauch-Schumacher, Hans Peter Riesen, Annemarie Sancar-Flückiger, Doris Schneider, Peter Sigerist, Sylvia Spring Hunziker, Peter Stucki, Margrit Stucki, Béatrice Stucki, Luzius Theiler, Catherine Weber, Hansjörg Wittwen, Andreas Zysset

14. Die Erhöhung der im Rahmen der Stellenbewirtschaftung abzuliefernden Stellenpunkte verbunden mit einer festen Abbau-Vorgabe von mindestens 50%.

Stephan Hügli (FDP): Hier geht es darum, die Quoten der Stellen, welche in den Pool für die Stellenbewirtschaftung abgeliefert werden müssen, einerseits zu erhöhen und andererseits die Abbau-Vorgabe auf 50% hinaufzusetzen. Trotz neuer Aufgaben, steht der Bevölkerungsrückgang in keinem Verhältnis zur Anzahl der städtischen Angestellten. Die Stadt kommt längerfristig nicht darum herum, Stellen abzubauen. Diese Stellen sollen sozialverträglich durch Nichtwiederbesetzung natürlicher Abgänge und/oder allenfalls durch Umbesetzung abgebaut werden. Den bisherigen Mechanismus halten wir für gut, er sollte bloss intensiviert werden.

Beschluss

Punkt 14 wird mit 33 : 28 Stimmen abgelehnt.

Mit Ja stimmten:

Thomas Balmer, Sven Baumann, Markus Blatter, Konrad Bossart, Michael Burri, Thomas Fuchs, Hans Ulrich Gränicher, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Alfred Jordi, Annemarie Lehmann, Peter Linder, Anton Maillard, Christoph Müller, Bernhard Pulver, Kurt Rüegsegger, Erich Ryter, Rudolph Schweizer, Ernst Stauffer, Ueli Stüchelberger, Peter Stucki, Katharina Suter, Hans-Ulrich Suter, Margrit Thomet, Kurt W. Weyermann, Hansjörg Wittwen

Mit Nein stimmten:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Annette Brunner, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Marcel Fankhauser, Ruedi Hofer, Michael Jordi, Heinz Jun-

ker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Blaise Kropf, Andreas Krummen, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Liselotte Lüscher, Kurt Mäusli, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Annemarie Sancar-Flückiger, Doris Schneider, Peter Sigrist, Franco Sommaruga, Sylvia Spring Hunziker, Margrit Stucki, Béatrice Stucki, Luzius Theiler, Catherine Weber, Andreas Zysset

15. Den Erlass einer Vorschrift, welche bewirkt, dass die unter dem Titel „Abgeltung der Zentrumslasten“ erhaltenen Beiträge ausschliesslich zur Reduktion des Defizits und nicht für neue Angebote (wie z.B. das neue Kinder- und Jugendtheater) verwendet werden.

Thomas Balmer (FDP): Die Abgeltung der Zentrumslasten darf nicht nach dem Giesskannenprinzip zur Übernahme neuer Aufgaben im kulturellen Bereich verwendet werden. Der laufende Regionalvertrag kam nur knapp und harzig zustande. Dieser Umstand darf füglich als Sparauftrag im Bereich Kulturelles bezeichnet werden. Eine Überwachung des Leistungsauftrags ist unumgänglich. Damit soll nicht der kulturellen Monokultur das Wort gesprochen werden. Eine kulturelle Vielfalt kann auch trotz gezielter und richtiger Mittelverteilung gewährleistet werden. Neue Aufgaben sind nur noch äusserst restriktiv zu genehmigen, am besten mit einem gleichzeitigen Verzicht im laufenden Ausgabenbereich.

Beschluss

Punkt 15 wird mit 33 : 27 Stimmen abgelehnt.

Mit Ja stimmten:

Thomas Balmer, Sven Baumann, Markus Blatter, Konrad Bossart, Michael Burri, Marcel Eyer, Thomas Fuchs, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Alfred Jordi, Annemarie Lehmann, Peter Linder, Anton Maillard, Christoph Müller, Bernhard Pulver, Kurt Rüeegsegger, Erich Ryter, Rudolph Schweizer, Ernst Stauffer, Ueli Stüchelberger, Katharina Suter, Hans-Ulrich Suter, Margrit Thomet, Kurt W. Weyermann, Hansjörg Wittwen

Mit Nein stimmten:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Annette Brunner, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Marcel Fankhauser, Ruedi Hofer, Michael Jordi, Heinz Juncker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Blaise Kropf, Andreas Krummen, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Liselotte Lüscher, Irène Marti Anliker, Kurt Mäusli, Elsi Meyer, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Annemarie Sancar-Flückiger, Doris Schneider, Peter Sigrist, Franco Sommaruga, Sylvia Spring Hunziker, Margrit Stucki, Béatrice Stucki, Luzius Theiler, Catherine Weber, Andreas Zysset

16. Die Einführung zusätzlicher Gebühren wie Gebühren für die Baumberatung der Stadtgärtnerei und Gebühren für die An- und Abschaltung der Stromversorgung.

Adrian Haas (FDP): Punkt 16 ist die Verwirklichung des Verursacherprinzips.

Beschluss

Punkt 16 wird mit 41 : 21 Stimmen abgelehnt.

Mit Ja stimmten:

Thomas Balmer, Sven Baumann, Markus Blatter, Konrad Bossart, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Annemarie Lehmann, Peter Linder, Christoph Müller, Bernhard Pulver, Hans Peter Riesen, Heinz Rub, Erich Ryter, Rudolph Schweizer, Ueli Stüchelberger, Peter Stucki, Katharina Suter, Hans-Ulrich Suter, Margrit Thomet, Kurt W. Weyermann

Mit Nein stimmten:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Annette Brunner, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Marcel Eyer, Marcel Fankhauser, Thomas Fuchs, Ruedi Hofer, Alfred Jordi, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Blaise Kropf, Andreas Krummen, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Liselotte Lüscher, Anton Maillard, Irène Marti Anliker, Kurt Mäusli, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Kurt Rüegsegger, Annemarie Sancar-Flückiger, Doris Schneider, Peter Sigerist, Franco Sommaruga, Sylvia Spring Hunziker, Ernst Stauffer, Margrit Stucki, Béatrice Stucki, Luzius Theiler, Catherine Weber, Hansjörg Wittwen, Andreas Zysset

17. Gezielte, sozialverträgliche Sparmassnahmen auch bei Subventionen, die den Betrag von Fr. 100'000.00 nicht übersteigen (diese wurden am runden Tisch ausgeklammert).

Adrian Haas (FDP) hat diesen Punkt bereits in der Fraktionserklärung begründet.

Beschluss

Punkt 17 wird mit 35 : 26 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Mit Ja stimmten:

Thomas Balmer, Sven Baumann, Markus Blatter, Konrad Bossart, Thomas Fuchs, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Alfred Jordi, Annemarie Lehmann, Peter Linder, Anton Maillard, Christoph Müller, Bernhard Pulver, Hans Peter Riesen, Kurt Rüegsegger, Erich Ryter, Rudolph Schweizer, Ernst Stauffer, Ueli Stüchelberger, Peter Stucki, Hans-Ulrich Suter, Margrit Thomet, Kurt W. Weyermann, Hansjörg Wittwen

Mit Nein stimmten:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Annette Brunner, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Marcel Fankhauser, Ruedi Hofer, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Blaise Kropf, Andreas Krummen, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Liselotte Lüscher, Irène Marti Anliker, Kurt Mäusli, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Ruth Rauch-Schumacher, Annemarie Sancar-Flückiger, Doris Schneider, Peter Sigerist, Franco Sommaruga, Sylvia Spring Hunziker, Margrit Stucki, Béatrice Stucki, Luzius Theiler, Catherine Weber, Andreas Zysset

Enthaltung:

Michael Burri

18. Eine Planung, die klare Aussagen darüber enthält, welche Backofficebereiche der Verwaltung aus (teuren) Gebäuden im Stadtzentrum zwecks Freigabe von Räumlichkeiten für Wohnungen guter Steuerzahler oder Büros von privaten Betrieben auszulagern sind.

Urs Jaberg (FDP) bittet insbesondere die RGM-Ratsmitglieder, auf den offenbar vorprogrammierten Druck auf den roten Knopf bei diesem Punkt zu verzichten, denn hier bestehe kein Grund zur Angst, dass der Stadt etwas weggenommen werden soll. Die Backofficethematik ist immer noch gleich aktuell wie bei der letzten Diskussion. Es lässt sich damit etwas in Sachen Steuereinnahmen erreichen. Wir bitten Gemeinderat und Verwaltung, das Thema Backofficebereiche weiterhin zu bearbeiten und uns über die Resultate zu informieren.

Beschluss

Punkt 18 wird mit Stichentscheid des Vorsitzenden (29 : 29 Stimmen bei 3 Enthaltungen) abgelehnt.

Mit Ja stimmten:

Thomas Balmer, Sven Baumann, Markus Blatter, Konrad Bossart, Peter Bühler, Michael Burri, Marcel Eyer, Thomas Fuchs, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Alfred Jordi, Peter Linder, Anton Maillard, Christoph Müller, Bernhard Pulver, Hans Peter Riesen, Heinz Rub, Kurt Rüegsegger, Erich Ryter, Rudolph Schweizer, Ueli Stüchelberger, Peter Stucki, Katharina Suter, Hans-Ulrich Suter, Margrit Thomet, Kurt W. Weyermann, Hansjörg Wittwen

Mit Nein stimmten:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Margrith Beyeler, Annette Brunner, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Marcel Fankhauser, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Blaise Kropf, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Liselotte Lüscher, Irène Marti Anliker, Kur Mäusli, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Edith Olibet, Annemarie Sancar-Flückiger, Doris Schneider, Peter Sigerist, Sylvia Spring Hunziker, Margrit Stucki, Béatrice Stucki, Luzius Theiler, Catherine Weber, Andreas Zysset

Enthaltungen:

Peter Blaser, Andreas Krummen, Rosmarie Okle Zimmermann

19. eine Redimensionierung des Stadtplanungsamtes. (Die Arbeiten am Stadtentwicklungskonzept mit Ausnahme kleiner Folgearbeiten sind abgeschlossen und die Zahl der Planungen ist in der letzten Zeit zahlenmässig massiv rückläufig.)

Thomas Balmer (FDP): Das Stadtplanungsamt hat für die Zukunft der Stadt Bern eine enorme Bedeutung. Aufgrund von Projekten und Visionen wird die Entwicklung der Stadt Bern massgeblich bestimmt. Die grossen Planungen Wankdorf, Brünnen, Von Roll und Ausserholigen sind stark durch die Arbeit des SPA geprägt worden. Wir sind jedoch der Meinung, dass eine Reduktion im SPA auf eine kleinere effiziente Gruppe, die strategisch arbeitet, das Richtige wäre. Dadurch könnte die Konzentration der Informationen gebündelt werden und die Umsetzung mit externen Planungsbüros erfolgen. Es macht wenig Sinn, Planungen selber auszuführen, wenn der Erfahrungsschatz von Planern, die ähnliche Projekte, Ideen oder Konzepte bereits durchgeführt haben, genutzt werden könnte. Damit entstünde ein Einsparungspotential, weil dieses Wissen bereits vorhanden ist und nach Bedarf genutzt werden kann. Damit steht der Stadt ein flexibles Instrument zur Verfügung, weil die Aufträge projektbezogen vergeben werden und nur dann Kosten entstehen, wenn auch entsprechende Arbeiten laufen. Der Stadtrat möge das Postulat überweisen und der wichtigen Funktion des Stadtplanungsamts Rechnung tragen, indem ihm mehr Flexibilität und kürzere Aktionszeit zugestanden wird.

Planungs- und Baudirektor *Adrian Guggisberg*: Die Aufträge, die dem Stadtplanungsamt übertragen werden, stehen in Gegensatz zum Antrag auf Redimensionierung. Thomas Balmer hat ausgeführt, wie wichtig Planungen gerade in der heutigen Zeit sind. Einige Planungen sind abgeschlossen, es gibt jedoch neue. Gerade an der letzten Stadtratssitzung sind dem SPA zwei Planungen überwiesen worden, die in bezug auf Wohnen und in bezug auf Oberbottigen zu prüfen sind. Gemeinderat Guggisberg hebt hervor, dass noch viele Arbeiten auch in bezug auf das STEK anstehen, und früher beschäftigte das SPA 50, heute nur noch 30 Mitarbeitende. Im Moment sind über 180 Geschäfte beim SPA in Bearbeitung. Die Planungen werden auch immer komplexer. Wir sind jedoch auch hier bereit zu prüfen, ob noch effizienter gearbeitet werden könnte. Deshalb ist Gemeinderat Guggisberg bereit, das Postulat entgegenezunehmen.

Beschluss

Punkt 19 wird mit 34 : 29 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Mit Ja stimmten:

Thomas Balmer, Sven Baumann, Markus Blatter, Konrad Bossart, Peter Bühler, Michael Burri, Thomas Fuchs, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Alfred Jordi, Peter Linder, Anton Maillard, Christoph Müller, Bernhard Pulver, Hans Peter Riesen, Heinz Rub, Kurt Rüegsegger, Erich Ryter, Rudolph Schweizer, Ernst Stauffer, Ueli Stückelberger, Peter Stucki, Katharina Suter, Hans-Ulrich Suter, Margrit Thomet, Kurt W. Weyermann, Hansjörg Wittwen

Mit Nein stimmten:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Annette Brunner, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Marcel Fankhauser, Ruedi Hofer, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Blaise Kropf, Andreas Krummen, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Liselotte Lüscher, Irène Marti Anliker, Kurt Mäusli, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Ruth Rauch-Schumacher, Annemarie Sancar-Flückiger, Doris Schneider, Peter Sigerist, Sylvia Spring Hunziker, Margrit Stucki, Béatrice Stucki, Luzius Theiler, Catherine Weber, Andreas Zysset

Enthaltung:

Franco Sommaruga

20. Die Aufhebung des Vermessungsamtes (das heisst die Übertragung der Aufgabe an einen privaten Geometer, wie dies alle anderen Gemeinden im Kanton Bern praktizieren).

Kurt W. Weyermann (FDP): In der Rechnung 1998 ist ein Aufwand von 3,63 Mio und ein Ertrag von 1,91 Mio ausgewiesen, was einen Fehlbetrag von 1,72 Mio Franken ausmacht. Das Vermessungsamt arbeitet defizitär, und es könnte ein privates Vermessungsbüro engagiert werden, um diese Arbeiten zu erledigen.

Planungs- und Baudirektor *Adrian Guggisberg:* Das Vermessungsamt hat verschiedene Reorganisationen hinter sich und hat sich eine Struktur gegeben, die jedem privaten Vermessungsbüro standhält. Es ist heute in der Lage, so effizient zu arbeiten wie ein privates Büro. Das Vermessungsamt muss jedoch auch hoheitliche Aufgaben im Rahmen der Stadt wahrnehmen (Baugesuchskontrolle, amtliche Vermessung, Strassenbenennungen, Führung des Leitungskatasters und zentrale Datenausgabestelle für alle Direktionen). Auch die Stadt Biel hat ein Vermessungsamt. Die Stadt Bern kann nicht mit einer Landgemeinde verglichen werden, denn die Arbeiten und Aufgaben eines Vermessungsamtes einer Stadt unterscheiden sich wesentlich von denjenigen in einer Landgemeinde anfallenden. Die Aufhebung des Vermessungsamtes wäre kein Vorteil für die Stadt Bern. Gemeinderat Guggisberg ist jedoch bereit, weitere Verbesserungen zu prüfen und das Postulat entgegenzunehmen.

Beschluss

Punkt 20 wird mit 37 : 25 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Mit Ja stimmten:

Thomas Balmer, Markus Blatter, Konrad Bossart, Peter Bühler, Thomas Fuchs, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Alfred Jordi, Annemarie Lehmann, Peter Linder, Anton Maillard, Christoph Müller, Hans Peter Riesen, Heinz Rub, Kurt Rüegsegger, Erich Ryter, Rudolph Schweizer, Ernst Stauffer, Katharina Suter, Hans-Ulrich Suter, Margrit Thomet, Kurt W. Weyermann, Hansjörg Wittwen

Mit Nein stimmten:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Annette Brunner, Michael Burri, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Marcel Fankhauser, Ruedi Hofer, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Blaise Kropf, Andreas Krummen, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Liselotte Lüscher, Irène Marti Anliker, Kurt Mäusli, Elsi Meyer,

Barbara Mühlheim, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Ruth Rauch-Schumacher, Annemarie Sancar-Flückiger, Doris Schneider, Peter Sigerist, Sylvia Spring Hunziker, Ueli Stückelberger, Peter Stucki, Margrit Stucki, Béatrice Stucki, Luzius Theiler, Catherine Weber, Andreas Zysset

Enthaltungen:

Sven Baumann, Bernhard Pulver, Franco Sommaruga

21. Eine Verzihtsplanung im Hochbauamt, wie sie im Verwaltungsbericht 1997, S.168, vorgeschlagen wird.

Kurt W. Weyermann (FDP) verweist auf folgenden Satz im Verwaltungsbericht 1997: *Nach dem dauernden Anpassen der strukturellen Gegebenheiten in den letzten Jahren muss nun eine echte Verzihtsplanung erfolgen. Wo ist diese Verzihtsplanung? Mindestens eine kostendeckende Arbeitsweise hätte erfolgen müssen.*

Planungs- und Baudirektor *Adrian Guggisberg* erklärt sich bereit, auch dieses Postulat entgegenzunehmen. Das Hochbauamt arbeitet bereits an Verzihtsplanungen. Eventuell könnten auch Kreditabrechnungen einfacher gestaltet werden. Es sollen jedoch auch Doppelspurigkeiten bei Bauprojekten, die gemeinsam mit dem Kanton realisiert werden, ausgeräumt werden.

Beschluss

Punkt 21 wird mit 31 : 29 Stimmen abgelehnt.

Mit Ja stimmten:

Thomas Balmer, Sven Baumann, Markus Blatter, Konrad Bossart, Peter Bühler, Michael Burri, Thomas Fuchs, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Alfred Jordi, Annemarie Lehmann, Peter Linder, Anton Maillard, Christoph Müller, Bernhard Pulver, Hans Peter Riesen, Heinz Rub, Kurt Rügsegger, Erich Ryter, Rudolph Schweizer, Ueli Stückelberger, Peter Stucki, Katharina Suter, Hans-Ulrich Suter, Luzius Theiler, Margrit Thomet, Kurt W. Weyermann, Hansjörg Wittwen

Mit Nein stimmten:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Annette Brunner, Walter Christen, Marcel Fankhauser, Ruedi Hofer, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Blaise Kropf, Andreas Krummen, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Liselotte Lüscher, Irène Marti Anliker, Kurt Mäusli, Elsi Meyer, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Ruth Rauch-Schumacher, Annemarie Sancar-Flückiger, Doris Schneider, Peter Sigerist, Sylvia Spring Hunziker, Margrit Stucki, Béatrice Stucki, Catherine Weber, Andreas Zysset

22. Eine Redimensionierung des Tiefbauamtes zum Beispiel im Gleichschritt mit einem Outsourcing von diversen Bauarbeiten

Thomas Balmer (FDP): Unsere Fraktion ist grundsätzlich der Meinung, dass die Stadt Bern als Gemeinwesen und nicht als Unternehmung funktioniert und dass das Tiefbauamt zusammen mit den rückläufigen Aufträgen redimensioniert werden könnte.

Planungs- und Baudirektor *Adrian Guggisberg* führt aus, dass das Tiefbauamt weder baue noch projettierte, sondern lediglich die Oberaufsicht über Bauvorhaben ausübe. Er ist bereit, auch dieses Postulat entgegenzunehmen.

Beschluss

Punkt 22 wird mit 33 : 29 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Mit Ja stimmten:

Thomas Balmer, Sven Baumann, Markus Blatter, Konrad Bossart, Peter Bühler, Michael Burri, Thomas Fuchs, Verena Furrer-Lehmann, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Alfred Jordi, Peter Linder, Anton Maillard, Christoph Müller, Bernhard Pulver, Hans Peter Riesen, Kurt Rüegsegger, Erich Ryter, Rudolph Schweizer, Ueli Stüchelberger, Peter Stucki, Katharina Suter, Hans-Ulrich Suter, Luzius Theiler, Margrit Thomet, Kurt W. Weyermann, Hansjörg Wittwen

Mit Nein stimmten:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Annette Brunner, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Marcel Fankhauser, Ruedi Hofer, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Blaise Kropf, Andreas Krummen, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Liselotte Lüscher, Irène Marti Anliker, Kurt Mäusli, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Ruth Rauch-Schumacher, Annemarie Sancar-Flückiger, Doris Schneider, Peter Sigerist, Sylvia Spring Hunziker, Margrit Stucki, Béatrice Stucki, Catherine Weber, Andreas Zysset

Enthaltung:

Franco Sommaruga

23. Den Erlass eines neuen Entsorgungskonzeptes, welches von der Idee „jedem Quartier einen Entsorgungshof“ Abschied nimmt. Da Kühlschränke, alte Möbel, Teppiche etc. ohnehin mit dem PW angeliefert werden, genügen 1 bis 2 mit dem Auto gut erreichbare Höfe vollends (Einsparung von Infrastruktur und Personalkosten).

Urs Jaberg (FDP): Brauchen wir wirklich soviel Entsorgungshöfe? Wir meinen, nein. Könnte nicht mindestens die Entsorgung von sperrigen Gütern zentralisiert werden? Wir meinen, ja. Welche Kosten könnten eingespart werden, wenn nicht 15 Höfe realisiert werden? Können die Öffnungszeiten den Kundenbedürfnissen besser angepasst werden, und zwar kostenneutral, d.h. es sollte nicht mehr Personal eingesetzt werden als bis anhin? Die FDP wartet immer noch auf die Beantwortung ihres Postulats vom 12. März 1998 mit gleichem Inhalt.

Beschluss

Punkt 23 wird mit 39 : 25 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Mit Ja stimmten:

Thomas Balmer, Sven Baumann, Markus Blatter, Konrad Bossart, Michael Burri, Thomas Fuchs, Verena Furrer-Lehmann, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Annemarie Lehmann, Peter Linder, Anton Maillard, Christoph Müller, Bernhard Pulver, Kurt Rüegsegger, Erich Ryter, Rudolph Schweizer, Peter Stucki, Katharina Suter, Hans-Ulrich Suter, Margrit Thomet, Kurt W. Weyermann, Hansjörg Wittwen

Mit Nein stimmten:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Annette Brunner, Peter Bühler, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Marcel Eyer, Marcel Fankhauser, Ruedi Hofer, Alfred Jordi, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Blaise Kropf, Andreas Krummen, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Liselotte Lüscher, Irène Marti Anliker, Kurt Mäusli, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Ruth Rauch-Schumacher, Hans Peter Riesen, Annemarie Sancar-Flückiger, Doris Schneider, Peter Sigerist, Sylvia Spring Hunziker, Ernst Stauffer, Margrit Stucki, Béatrice Stucki, Luzius Theiler, Catherine Weber, Andres Zysset

Enthaltung:

Franco Sommaruga

24. Ein Outsourcing der EDV, wie es Grossbetriebe in der Privatwirtschaft bereits mit Erfolg praktizieren.

Stephan Hügli (FDP): Vor einem Outsourcing haben viele Angst. Stephan Hügli hat mit dem Chef der EDV gesprochen, der festhielt, dass seine Abteilung diese Arbeit so gut wie Private erledige. Stephan Hügli hat im Rahmen seiner MBA-Ausbildung ein Projekt einer grösseren schweizerischen Industriegesellschaft, die im Verpackungswesen tätig ist und outgesourced hat, wie dies in der Wirtschaft allgemein üblich ist, begleiten können. Im Normalfall werden bei einem Outsourcing-Projekt alle Leute von der Unternehmung, welche die externe Betreuung übernimmt, übernommen. Gleichzeitig wird die gesamte Hard- und Software übernommen und ein guter Preis dafür bezahlt. Das beste ist ein abgestuftes Outsourcing über drei bis neun Jahre hinweg. Wenn die Betroffenen befragt werden, haben alle davon profitiert. Die Stadt erhält kurzfristig Geld aus dem Verkauf der Hard- und Software und langfristig mehr Leistung für weniger Geld, und die Angestellten erhalten bessere Einsatzmöglichkeiten und bessere Aufstiegschancen, weil die Unternehmen, welche das Outsourcing betreiben, kräftig wachsen, die Leute auf einem bestimmten Spezialgebiet eingesetzt werden können und erst noch höhere Löhne erhalten als vorher. Der Rat möge diesem Postulat deshalb zustimmen.

Stadtpräsident *Klaus Baumgartner* schildert die Situation, die für eine Ablehnung des Postulats spricht. 1994 sind die Fragen: totales Outsourcing, teilweises Outsourcing und die ganze EDV bei der Stadt, geprüft worden. PricewaterhouseCoopers AG hat nach eingehenden Studien festgehalten und empfohlen, dass ein fallweises Outsourcing, wie es heute betrieben wird, die optimale Lösung sei. Seither sind weitere Untersuchungen erfolgt. Der Stadtpräsident ist der Meinung, die Stadt sollte sich nach folgenden Ergebnissen richten: Prof. J. Griesse der Universität Bern hat eine Studie verfasst, die aufzeigt, dass die erwarteten Kostenvorteile bei einem totalen Outsourcing nur zu 29%, bei einem totalen Insourcing zu 67% und bei einem selektiven Outsourcing, wie wir es betreiben, zu 85% realisiert werden können. Die gleiche Studie sagt aus, dass ein Ausschreibungsverfahren unter Einbezug der internen Dienstleistungen zu den besten Ergebnissen führt. Die Realisierungschancen für Kostenvorteile sind damit am grössten. Der Geschäftsführer der Kompass Deutschland, bekannte Computerfirma, kam auch zum Ergebnis, dass ein totales Outsourcing nicht kostengünstiger ist. Wir möchten unser bewährtes System deshalb weiterführen. Wir haben auch eine spezielle Führung ausgearbeitet mit einem Controlling, das nicht von den Informatikdiensten ausgeführt wird, damit der Wettbewerb bei Ausschreibungsverfahren funktioniert.

Beschluss

Punkt 24 wird mit 35 : 28 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Mit Ja stimmten:

Thomas Balmer, Sven Baumann, Markus Blatter, Konrad Bossart, Peter Bühler, Thomas Fuchs, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Alfred Jordi, Annemarie Lehmann, Peter Linder, Anton Maillard, Christoph Müller, Bernhard Pulver, Hans Peter Riesen, Heinz Rub, Kurt Rüegsegger, Erich Ryter, Rudolph Schweizer, Ernst Stauffer, Peter Stucki, Katharina Suter, Hans-Ulrich Suter, Margrit Thomet, Kurt W. Weyermann, Hansjörg Wittwen

Mit Nein stimmten:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Annette Brunner, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Marcel Fankhauser, Ruedi Hofer, Michael Jordi, Heinz Juncker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Blaise Kropf, Andreas Krummen, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Liselotte Lüscher, Irène Marti Anliker, Kurt Mäusli, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Ruth Rauch-Schumacher, Annemarie Sancar-Flückiger, Doris Schneider, Peter Sigerist, Franco Sommaruga, Sylvia Spring Hunziker, Margrit Stucki, Béatrice Stucki, Luzius Theiler, Catherine Weber, Andreas Zysset

Enthaltungen:
Walter Christen, Michael Burri, Ueli Stüchelberger

25. Die städtische Steuerverwaltung hinsichtlich Personalbestand und dessen Vergleich mit Veranlagungsbehörden anderer Gemeinden.

Annemarie Lehmann (FDP): Uns ist bekannt, dass in der städtischen Steuerverwaltung über Monate zum Teil über hinweg bis zu ca. 20 Personen abdetachiert worden sind, um Aufgaben für den Kanton zu erledigen. Wir sind überzeugt, dass eine Überprüfung dieser Situation sinnvoll wäre.

Beschluss

Punkt 25 wird mit Stichentscheid des Vorsitzenden (33 : 33 Stimmen bei 1 Enthaltung) abgelehnt.

Mit Ja stimmten:

Thomas Balmer, Sven Baumann, Markus Blatter, Konrad Bossart, Peter Bühler, Michael Burri, Marcel Eyer, Thomas Fuchs, Verena Furrer-Lehmann, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Alfred Jordi, Annemarie Lehmann, Peter Linder, Anton Maillard, Christoph Müller, Bernhard Pulver, Hans Peter Riesen, Heinz Rub, Kurt Rüegsegger, Erich Ryter, Rudolph Schweizer, Ernst Stauffer, Ueli Stüchelberger, Peter Stucki, Katharina Suter, Hans-Ulrich Suter, Luzius Theiler, Margrit Thomet, Kurt W. Weyermann, Hansjörg Wittwen

Mit Nein stimmten:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Annette Brunner, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Marcel Fankhauser, Ruedi Hofer, Michael Jordi, Heinz Juncker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Blaise Kropf, Andreas Krummen, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Liselotte Lüscher, Irène Marti Anliker, Kurt Mäusli, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Ruth Rauch-Schumacher, Annemarie Sancar-Flückiger, Doris Schneider, Peter Sigerist, Sylvia Spring Hunziker, Margrit Stucki, Béatrice Stucki, Catherine Weber, Andreas Zysset

Enthaltung:
Franco Sommaruga

26. Den sofortigen Abschluss der hängigen Leasinggeschäfte.

Heinz Rub (FDP): Wir stehen am Grab einer seriös gemeinten und dringend notwendigen Spardebatte. Es ist schade, dass nur die Bürgerlichen und die GFL-Fraktion mitgemacht haben. Alle andern scheinen nicht sparen zu wollen. Wir fordern den Gemeinderat auf, den sofortigen Abschluss aller hängigen Leasinggeschäfte zu überprüfen, Rückgrad zu zeigen, Vor- und Nachteile und gesetzliche Grundlagen für solche Leasinggeschäfte genau zu prüfen und solche abzuschliessen, ohne zuerst die Medien zu orientieren und ohne vorgängig Botschafter Borer und seine Frau zu konsultieren, ob solche Geschäfte getätigt werden sollen oder nicht.

Beschluss

Punkt 26 wird mit 38 : 23 Stimmen bei 6 Enthaltungen abgelehnt.

Mit Ja stimmten:

Thomas Balmer, Markus Blatter, Peter Bühler, Thomas Fuchs, Hans Ulrich Gränicher, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Alfred Jordi, Annemarie Lehmann, Peter Linder, Christoph Müller, Hans Peter Riesen, Heinz Rub, Kurt Rüegsegger, Erich Ryter, Rudolph Schweizer, Katharina Suter, Hans-Ulrich Suter, Margrit Thomet, Kurt W. Weyermann, Hansjörg Wittwen

Mit Nein stimmten:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Annette Brunner, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Marcel Fankhauser, Verena Furrer-Lehmann, Ruedi Hofer, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Blaise Kropf, Andreas Krummen, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Liselotte Lüscher, Irène Marti Anliker, Kurt Mäusli, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Ruth Rauch-Schumacher, Annemarie Sancar-Flückiger, Doris Schneider, Peter Sigerist, Franco Sommaruga, Sylvia Spring Hunziker, Ernst Stauffer, Peter Stucki, Margrit Stucki, Béatrice Stucki, Luzius Theiler, Catherine Weber, Andreas Zysset

Enthaltungen:

Sven Baumann, Konrad Bossart, Michael Burri, Bernhard Pulver, Ruth Rauch-Schumacher, Ueli Stückelberger

Peter Sigerist (GB) stellt den Ordnungsantrag, der Voranschlag für das Jahr 2000 sei heute bis und mit der Abstimmung zum Eintreten zu beraten.

Beschluss

Der Rat stimmt dem Ordnungsantrag Sigerist mit 49 : 16 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu.

Mit Ja stimmten:

Raymond Anliker, Thomas Balmer, Oskar Balsiger, Sven Baumann, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Markus Blatter, Annette Brunner, Michael Burri, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Marcel Fankhauser, Verena Furrer-Lehmann, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Ruedi Hofer, Stephan Hügli, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Blaise Kropf, Andreas Krummen, Annemarie Lehmann, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Liselotte Lüscher, Irène Marti Anliker, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Christoph Müller, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Bernhard Pulver, Ruth Rauch-Schumacher, Heinz Rub, Annemarie Sancar-Flückiger, Doris Schneider, Peter Sigerist, Franco Sommaruga, Ueli Stückelberger, Margrit Stucki, Peter Stucki, Béatrice Stucki, Katharina Suter, Hans-Ulrich Suter, Catherine Weber, Kurt W. Weyermann, Andreas Zysset

Mit Nein stimmten:

Konrad Bossart, Peter Bühler, Marcel Eyer, Thomas Fuchs, Hans Ulrich Gränicher, Alfred Jordi, Peter Linder, Anton Maillard, Hans Peter Riesen, Kurt Rüegsegger, Erich Ryter, Rudolph Schweizer, Ernst Stauffer, Luzius Theiler, Margrit Thomet, Hansjörg Wittwen

Enthaltungen:

Kurt Mäusli, Sylvia Spring Hunziker

4 Voranschlag für das Jahr 2000 inkl. Produktgruppen-Budgets

Antrag Nr. 149

Der Stadtrat unterbreitet der Gemeinde folgende Varianten zum Entscheid:

Variante Steueranlage 2,4

- I. Der Voranschlag der Laufenden Rechnung für das Jahr 2000, der bei Aufwendungen und Erträgen von je Fr. 1 197 789 700.00 ausgeglichen ist, wird der Gemeinde zur Annahme empfohlen mit folgendem

Beschlussesentwurf

Die Einwohnergemeinde der Stadt Bern, nach Einsicht in die Botschaft des Stadtrates vom 23. September 1999, gestützt auf Artikel 8, Absatz 1, Ziffer 3 der Gemeindeordnung, beschliesst:

1. Der vom Stadtrat angenommene Voranschlag der Laufenden Rechnung für das Jahr 2000 wird genehmigt.
2. Der Gemeinderat hat im Jahr 2000 folgende Gemeindesteuern zu beziehen:
 - a) auf den Gegenständen der Staatssteuern das **2,4fache** (neu) der für die Staatssteuern geltenden Einheitsansätze;
 - b) eine ordentliche Liegenschaftssteuer von 1,5 Promille beziehungsweise eine erhöhte Liegenschaftssteuer (Artikel 217 StG) von 3,0 Promille des amtlichen Wertes (unverändert);
 - c) eine Beleuchtungsabgabe von 0,125 Promille des pflichtigen Grundeigentums nach dem amtlichen Wert plus 7,5 % Mehrwertsteuer (neu: MWSt 7,5 statt 6,5 %);
 - d) eine Hundetaxe von Fr. 100.-- (unverändert).

Variante Steueranlage 2,3

I. Der Voranschlag der Laufenden Rechnung für das Jahr 2000, der bei Aufwendungen von Fr. 1 197 789 700.00 und Erträgen von Fr. 1 177 139 700.00 einen Ausgabenüberschuss von Fr. 20 650 000.00 vorsieht, wird der Gemeinde zur Annahme empfohlen mit folgendem

Beschlussesentwurf

Die Einwohnergemeinde der Stadt Bern, nach Einsicht in die Botschaft des Stadtrates vom 23. September 1999, gestützt auf Artikel 8, Absatz 1, Ziffer 3 der Gemeindeordnung, beschliesst:

1. Der vom Stadtrat angenommene Voranschlag der Laufenden Rechnung für das Jahr 2000 wird genehmigt.
2. Der Gemeinderat hat im Jahr 2000 folgende Gemeindesteuern zu beziehen:
 - a) auf den Gegenständen der Staatssteuern das **2,3fache** (unverändert) der für die Staatssteuern geltenden Einheitsansätze;
 - b) eine ordentliche Liegenschaftssteuer von 1,5 Promille beziehungsweise eine erhöhte Liegenschaftssteuer (Artikel 217 StG) von 3,0 Promille des amtlichen Wertes (unverändert);
 - c) eine Beleuchtungsabgabe von 0,125 Promille des pflichtigen Grundeigentums nach dem amtlichen Wert plus 7,5 % Mehrwertsteuer (neu: MWSt 7,5 statt 6,5 %);
 - d) eine Hundetaxe von Fr. 100.-- (unverändert).
- II.
 1. Der Stadtrat genehmigt die Botschaft an die Gemeinde.
 2. Er genehmigt die folgenden neuen Ausgaben:

2.1 Konto 330.70.3651.25	20 neue Tagesbetreuungsplätze	Fr. 402 300.00
2.2 diverse Konti 400	Fachstelle Integration, Nettoaufwand	Fr. 218 870.00
 3. Er genehmigt die für die sieben Pilotprojekte Informatikdienste, Berufsfeuerwehr, Jugendamt, Gesundheitsdienst, Stadtgärtnerei, Schul- und Büromaterialzentrale und Strasseninspektorat vorgelegten Produktgruppen-Budgets 2000 unter Vorbehalt der Genehmigung des Voranschlages für das Jahr 2000.

Ruth Rauch-Schumacher (SP), FIKO-Präsidentin: Da der runde Tisch nicht stattgefunden hat, musste die FIKO noch intensiver arbeiten und mehr Verantwortung übernehmen. Wie

jedes Jahr sind Delegationen gebildet, die Budgets der verschiedenen Direktionen behandelt und eine Reihe von Anträgen gestellt worden, die den Ratsmitgliedern rechtzeitig zugestellt wurden. Der Cashflow ist mit 72,613 Mio positiv, ein Ereignis, das seit Jahren nicht mehr eingetroffen ist. Mit einem Ertrag von 1'197,8 Mio und einem Aufwand von 1'197,8 Mio Franken wird ein ausgeglichenes Budget vorgelegt. Das ist zwar erfreulich, kostet jedoch seinen Preis, und zwar einen Preis, der allen Beteiligten weh tut, nämlich mit einer Erhöhung des Steuerfusses auf 2,4. In der FIKO wurde von RGM-Seite Eintreten befürwortet mit der Begründung: positiver Cashflow, ausgeglichenes Budget und Abschreibungen von 20 Mio des altrechtlichen Bilanzfehlbetrags. Der Steuersatz von 2,4 wird von RGM bevorzugt. Von bürgerlicher Seite wurde Eintreten bestritten und der Voranschlag mit oder ohne Steuererhöhung abgelehnt. Es wurde ein ausgeglichenes Budget ohne Steuererhöhung und greifende Massnahmen verlangt. Ein ausgeglichenes Budget sei laut FDP nur dank Beschönigung mittels Verkaufserträgen erreicht worden. In der Eintretensdebatte wurden verschiedene Vorwürfe eingebracht, die heute abend noch mündlich vorgebracht werden. Eintreten ist in der FIKO schliesslich mit 5 : 4 Stimmen beschlossen worden.

Die *Variantenabstimmung* wurde einerseits als politisch eher schwach, weil die Verantwortung damit ein Stück weit abgeschoben wird und andererseits als politisch raffiniert kritisiert, weil damit die Chance, dass das Budget angenommen wird, erhöht wird.

Zu den *Einnahmen*: Bezüglich Steuerfuss wurden verschiedene Meinungen geäussert: Einerseits wurde die Ansicht vertreten, nur 2,4 könne vertreten werden, weil damit die Sanierung der Stadtfinanzen eingeläutet werde und ein politischer Spielraum, um politisch handeln zu können, bestehe. Andererseits wurde eine Steuererhöhung als die Katastrophe dargestellt. Es wurde argumentiert, dass damit die guten Steuerzahlenden aus der Stadt Bern vertrieben werden. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen jedoch, dass der Steuersatz für das Bestimmen des Wohnsitzes nur eine nebensächliche Rolle spielt.

Zum *ausgeglichenen Budget* trägt auch der Verkauf der Gymnasien zu 44,2 Mio Franken entscheidend bei. Der Preis von 44,2 Mio Franken wurde in der FIKO massiv kritisiert. Es wurde jedoch entgegnet, dass um diesen Preis hart verhandelt und dass dieser Betrag eigentlich eine Errungenschaft darstelle. Es bleibt jedoch ein Gefühl von Ausverkauf. Von der FDP wurde beantragt, diesen Verkaufserlös zur Abschreibung des altrechtlichen Bilanzfehlbetrags zu verwenden. Dieser Antrag wurde mit 7 : 3 Stimmen abgelehnt, weil Abschreibungen von 20 Mio Franken stattfinden – so viel wie der Kanton vorschreibt.

Wir nehmen hoffnungsvoll an, dass die Einschätzung der *Einnahmen* realistisch ist und dass die Stadt Bern nicht wie im Vorjahr Wechselbädern ausgesetzt wird. Damit ist auch die Hoffnung verbunden, dass der Wirtschaftsaufschwung erhalten bleibt oder wie die Finanzdirektorin ausführte, dass die Wirtschaft weiterhin bedächtig florieren wird. Die FIKO geht davon aus, dass die Einschätzung der Steuereinnahmen realistisch ist, jedenfalls nicht unrealistisch optimistisch, denn sie wurde nicht in Frage gestellt.

Ausgabenseite: Die FIKO ist nicht sonderlich erfreut, dass sich der Bruttoaufwand in allen Direktionen verglichen mit der Rechnung 1998 erhöht hat und in 5 von 7 Direktionen auch der Nettoaufwand steigt. Kritisiert wurde auch der hohe Passivzins. Die Stadt bezahlt einen Passivzins von 5,4% auf dem altrechtlichen Bilanzfehlbetrag von 325 Mio Franken. Dieser Prozentsatz ist im Vergleich zu den heutigen Zinssätzen enorm hoch. Die Referentin hat in der Zwischenzeit vernommen, dass der Zinssatz nun 5,1% betrage und dass die Stadt in der Lage sei, eine Anleihe für 170 Mio zu einem wesentlich tieferen Zinssatz (ca. 3,5%) aufzunehmen.

Die *Besprechungen in den Direktionen* waren gegenüber der heute im Stadtrat stattgefundenen emotionalen Diskussion wenig kontrovers. Die meisten von den Delegationen vorgeschlagenen Änderungen wurden akzeptiert.

Über die *Arbeitszeitverkürzung* wurde intensiv diskutiert und die Frage, ob diese Übung kostenneutral sei oder nicht, blieb bestehen. Gemäss neuster Information ist die Arbeitszeitverkürzung bei einer Teuerung von 0,4% kostenneutral. 1999 und im nächsten Jahr wird die Teuerung höher sein. Kritisiert wurde, dass die *internen Verrechnungen* zum Teil nicht transparent sind und dadurch die Einsicht in die Budgets erschweren. Der *Sanierungsplan* ist in das Budget integriert worden, die *Portfolioanalyse* nicht, da sie erst für das nächste Budget relevant ist.

Die FIKO empfiehlt das vorliegende Budget mit Variantenabstimmung mit Stichentscheid der Präsidentin (5 : 5 Stimmen) zur Annahme. Mit 5 : 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen unterstützt die FIKO die Empfehlung des Gemeinderats, einen Steuerfuss von 2,4 festzulegen. Der *Finanzplan* wurde in der FIKO nicht detailliert diskutiert, da er nur zur Kenntnis genommen werden kann. Die Abstimmungsbotschaft wurde ausführlich diskutiert, die Anträge liegen schriftlich vor. Der bereinigten Abstimmungsbotschaft stimmte die FIKO mit 9 : 1 Stimme zu.

Als Vizepräsident der FIKO und Vertreter von deren Minderheit, betont *Thomas Fuchs* (JSVP), dass der Beschluss, dem Stadtrat das vorliegende Budget mit Variantenabstimmung vorzulegen, nur dank des Stichentscheids der Präsidentin zustande gekommen sei. Zu Beginn der Budgetbehandlung in der FIKO wurde von den Bürgerlichen festgehalten, dass die Sanierung der Finanzen auf Stadtebene seit Jahren mit Verschleierungs- und Schuldzuweisungsrhetorik verschleppt werde. Mit Projekten wie NSB, Regierungsreform und Portfolioanalyse soll glaubhaft gemacht werden, es würden nachhaltige Strukturveränderungen in die Weg geleitet, was jedoch nicht der Fall ist. Zudem wird versucht, den schwarzen Peter dem Kanton und den Aussengemeinden zuzuspielen. Um die Finanzen in Griff zu bekommen, reicht die bisherige Rhetorik nicht aus. Es wurde festgehalten, dass es für eine Steuererhöhung nie einen guten Grund gebe. Das vorgelegte Budget hält einer fachmännischen Bilanzanalyse nicht stand. Sie zeigt vielmehr auf, dass die Abschreibungen auf dem Finanzvermögen kleiner geworden sind, dass mit mehr Gebühren, mehr Busseneinnahmen und mehr Steuern gerechnet wird, dass im Gegenzug jedoch diverse Ausgabenpositionen erhöht worden sind. Der Sachaufwand ist gegenüber der Rechnung 1998 um über 10 Mio Franken angestiegen. Der Sparwille ist unserer Ansicht nach erlahmt und zahlreiche Direktionen und Ämter setzen auf eine Plafonierung der Ausgaben, d.h. sie kämpfen für eine Besitzstandswahrung. Bereits in der FIKO wurde erwähnt, dass eine Variantenabstimmung eine Schlaumeierei sei, denn seitens des Gemeinderats ist versprochen worden, die Durststrecke werde noch bis 2003 dauern. Diese Versprechungen können jedoch nicht eingehalten werden. Es scheint aus heutiger Sicht nicht möglich, dass ab 2004 ausgeglichene Rechnungen vorgelegt werden können, da nicht jedes Jahr ein paar Gymnasien verkauft werden können. Die Anträge auf Rückweisung des Budgets sind knapp abgelehnt worden. In der Detailberatung konnten einige Nettoeinsparungen erreicht werden, insbesondere in der Polizei- und der Schuldirektion. Für grosse Aufregung sorgte die Streichung der SVB-Freikarten für alt Gemeinderäte und alt Gemeinderätinnen. Hauptstreitpunkt war alsdann die Verwendung des ausserordentlichen Ertrags, ob er für altrechtliche Bilanzfehlbeträge zu verwenden sei oder in die laufende Rechnung fliessen soll. Die FIKO konnte sich nicht einigen. Es wurden verschiedene Standpunkte geäussert, die durchaus zu vertreten sind. Schliesslich gibt es noch die Variante, zuerst die altrechtlichen Finanzfehlbeträge abzuschreiben. Damit bricht der Spardruck auf die Stadt nicht ab, und es wird für jedermann ersichtlich, dass die Defizite nach wie vor vorhanden sind. Thomas Fuchs behält sich vor, dem FDP-Antrag, den er in der FIKO abgelehnt hat, zuzustimmen, denn wenn die Ratslinke die Interessen der Stadt bezüglich Sparmassnahmen nicht vertreten will und keinen Grund sieht, Sparmassnahmen auch nur zu prüfen, sieht er keinen Grund, die Stadt in diesem Sinn zu vertreten und gelangte heute abend zur Ansicht, dass es den Druck von oben braucht, damit gewisse Leute nicht stur und rechthaberisch alles ablehnen, was von bürgerlicher Seite vorgeschlagen wird. Die FIKO-Minderheit beantragt dem Rat, das Budget 2000 zurückzuweisen und falls doch Eintreten beschlossen wird, das Budget deutlich abzulehnen. Das Budget 2000 ist für die FIKO-Minderheit weder mit einem Steuersatz von 2,3 noch mit einem solchen von 2,4 vertretbar.

Peter Sigerist (GB) erklärt, dass die Ratslinke heute die 26 FDP-Vorstösse abgelehnt habe, weil die meisten bereits einmal ausführlich diskutiert und dazu Stellung bezogen worden sei. Er erinnert ferner daran, dass es laut alt Ratspräsident Martin Frick (FDP) Aufgabe der beratenden Kommissionen sei, die Geschäfte sachlich zu prüfen, dazu sachlich Stellung zu nehmen, Anträge zu stellen und nicht nur die Partei- oder Fraktionsmeinung zu vertreten. Die FDP-FIKO-Mitglieder haben eine Stellungnahme vorgelesen, sie seien gegen beide Varianten, lehnten das Budget grundsätzlich ab und würden sich dazu nicht gross äussern und keine Anträge eingeben. Heute abend aber musste der Rat über 26 Motionen/Postulate diskutieren. Der Rat wurde somit zu Vorstössen missbraucht, die weder inhaltlich begründet noch

am rechten Ort gestellt werden. Am Schluss der Detailbehandlung in der FIKO hat ein freisinniges Mitglied einen Antrag für einen Steuerfuss von 2.4 gestellt, ihn jedoch später zurückgezogen. Dann wurde der Antrag gestellt, den Gewinn aus dem Verkauf der Gymnasien vollumfänglich für den Abbau der altrechtlichen Bilanzfehlbeträge zu verwenden. Die Finanzdirektorin und der Finanzverwalter haben erklärt, weshalb dieser Antrag ausschliesslich die Position des Regierungsrats stärke. Heute abend liegt ein Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion zum Budget vor, dessen Begründung (2) wortwörtlich aus dem Protokoll der FIKO stammt. Damit wurde in der FIKO argumentiert, um genau diesen Antrag zu bekämpfen. Die FDP lässt jedoch den entscheidenden Satz weg: *Dies heisst nichts anderes, als eine vom Kanton verfügte gebundene Steuererhöhung, gegen die niemand etwas machen kann.* Der Freisinn will mit seinem Rückweisungsantrag objektiv somit nichts anderes als die Kantons Guillotine und dem Souverän die 2,4 aufoktruieren. Wir aber setzen uns für 2.4 ein, wollen jedoch den Souverän mit Argumenten davon überzeugen und nicht den Kanton zu Hilfe rufen. Peter Sigerist ist seit fünf Jahren Mitglied der FIKO, eine derartige Unseriosität hat er in der FIKO noch nie erlebt.

Fraktionserklärungen

Peter Sigerist (GB) für die Fraktion GB/JA!: Seit langer Zeit kann dieses Jahr ein ausgeglichenes Budget einschliesslich Abbau der Bilanzfehlbeträge von 20 Mio Franken vorgelegt werden. Hinter dieser Vorlage stecken grosse Anstrengungen. Der Nettoaufwand wird abgebaut, es fanden erfolgreiche Verkaufsverhandlungen statt (Verkauf Gymnasien). Mit diesem ausgeglichenen Budget bei einem Steuerfuss von 2,4 wird sogar die Vorgabe des Kantons erfüllt, und der Kanton verlangt erst für 2003 ein ausgeglichenes Budget. Ist es richtig, in dieser Situation eine Variantenabstimmung vorzuschlagen? Wir unterstützen den Vorschlag des Gemeinderats, weil genügend finanzpolitische Argumente für eine Steuererhöhung vorliegen. Es ist jedoch richtig, dass der Souverän in Kenntnis der Auswirkungen seines Entscheides zu 2,4 oder 2,3 frei entscheiden kann, wie die finanzpolitische Gestaltung in Zukunft passieren soll. Der Worber Freisinn z.B. fordert eine Variantenabstimmung zu 2,4 und 2,5. Es gibt gute Gründe, dem Voranschlag 2000 zuzustimmen. Wir werden uns aktiv dafür einsetzen, dass der Variante 2,4 zugestimmt wird. Wir kommen den Forderungen des Freisinns entgegen, indem ein ausgeglichenes Budget vorgelegt wird und mit dem Voranschlag 2000 20 neue Tagesbetreuungsplätze geschaffen werden. Der Freisinn sammelt gesamtschweizerisch Unterschriften für eine Petition, womit mehr Tagesschulen gefordert werden. Andere gute Gründe, die für eine Zustimmung zum Voranschlag 2000 sprechen sind die Arbeitszeitverkürzung, die neue Stellen mit sich bringt (Arbeitsbeschaffung in einer immer noch schwierigen Situation), es werden Lehrstellen geschaffen und die längst überfällige Fachstelle für eine bessere Integrationspolitik wird realisiert. Für unsere Fraktion ist jedoch auch wichtig, dass der Polizeidirektor in den Budgetverhandlungen bekanntgegeben hat, dass im Bereich der Staatsschutzaufgaben effektiv nur noch auf Antrag der Bundesbehörden gehandelt wird und dass diese Aktivitäten vollumfänglich vom Bund übernommen werden. Zudem wurde mitgeteilt, dass das Verkehrsinspektorat im Frühjahr 2000 von der Polizeidirektion zur Planungs- und Baudirektion überwechseln werde und dass im Pflichtenheft des Amtes auch die Förderung des Fuss- und Veloverkehrs stehen wird. Aufgrund dieser Zusicherung verzichteten wir auf einen entsprechenden Erhöhungsantrag. Wir lehnen die Rückweisungsanträge ab und beantragen Eintreten auf das Budget 2000.

Für die Fraktion SVP begründet *Thomas Fuchs* (JSVP) folgenden Rückweisungsantrag: Der Voranschlag 2000 wird mit folgenden Auflagen an den Gemeinderat zurückgewiesen:

- Unterbreitung eines überarbeiteten Voranschlags mit einem Steuerfuss von 2,3.
- Der überarbeitete Voranschlag 2000 muss ein ausgeglichenes Ergebnis präsentieren, d.h. es müssen noch rund 21 Mio Franken eingespart werden.

folgenden Eventualantrag:

Auf eine Variantenabstimmung (2,3 oder 2,4) ist zu verzichten.

und den Zusatzantrag:

Sollte sich die Ratsmehrheit für eine Variantenabstimmung entscheiden, so müsste den Stimmbürgern zuerst die Frage gestellt werden „Wollen Sie das Budget 2000 der Stadt Bern annehmen?“ Nächste Frage: „Falls das Budget 2000 angenommen wird, wünschen Sie einen Steuerfuss von 2,3 oder 2,4?“

Dass RGM kein Geld sparen kann, bewahrheitet sich heute abend in eindrucklicher Weise. Die von uns seit Jahren geforderte Verzichtsplanung liegt auch heute noch nicht vor. Unsere Fraktion lehnt die vorliegende optische Täuschung namens Budget 2000 einstimmig ab. Noch besser fänden wir, wenn das Budget zur Überarbeitung zurückgewiesen würde. Es ist zu hoffen, dass die Medien über die Beschlüsse zur FDP-Motion: „Anpacken statt jammern“, ausführlich berichten, damit die Verweigerungspolitik von RGM klar dokumentiert wird. Die Ratslinke ist nicht einmal bereit zu prüfen, ob die Verwaltung Platz für neue Steuerzahler machen soll, für gute Wohnungen in guter Lage. Eine Stadtregierung, ein Parlament mit derart destruktiver Haltung verdient es nicht, sich als Wirtschaftsstandort und Lebensraum zu profilieren. Dank dem Verkauf der städtischen Gymnasien wird ein ausserordentlicher Erlös von 44,2 Mio Franken generiert. Ein Erlös, der bedeutend niedriger gewesen wäre, wenn der Kanton seine Idee hätte durchführen können. Wir danken den zuständigen Vertretern der Stadt für das erzielte Resultat. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass die städtischen Finanzen immer noch desolat sind und auch im Jahr 2000 ohne die ausserordentlichen Erträge ein massives Defizit vorläge. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass die von der Finanzdirektorin erhoffte Steuererhöhung angenommen wird. Das Defizit ohne Verkauf der Gymnasien und ohne Steuererhöhung betrüge erneut 65 Mio Franken. Wenn es sich einige Ratsmitglieder nicht nehmen lassen, sogar Anträge mit Zusatzausgaben zu stellen, sind wir offenbar wirklich nicht in der Lage, die Finanzen selbst in Griff zu bekommen und brauchen den Würgegriff des Kantons. Nach Ansicht von SVP und JSVP wäre die Stadt Bern jedoch sehr wohl selbst in der Lage, ihre Finanzen zu sanieren. Dies geht jedoch nur mit harten Sparmassnahmen und Entscheiden, die an die Substanz gehen. In der Stadt Bern gibt es noch zu viele Beratungsstellen, zu viele Fachstellen und Büros, die sich vor allem mit selbst kreierten Problemen beschäftigen. Die Stadt muss sich auf das Wesentliche beschränken, wozu weder Ferienheime noch städtische Restaurants gehören. Die Liegenschaftsverwaltung ist Dritten zu übertragen und weitere Dienstleistungen sind öffentlich auszuschreiben und an Dritte zu vergeben. Jammern ist einfacher als Sparen. Dieses Motto wird vom Gemeinderat gelebt. Die SVP verlangt vom Gemeinderat, endlich seine Führungsverantwortung wahrzunehmen und einen konkreten Antrag zu stellen, anstatt den Rat mit einer Variantenabstimmung zu konfrontieren, weil so mindestens ein Budget mit 2,3 durchgebracht werden soll. Das ist ein trübes politisches Spiel, das die Stimmberechtigten durchschauen werden. Unsere Fraktion wird dieses Budget mit aller Kraft bekämpfen und aufdecken, dass die vorliegenden Zahlen nur auf den ersten Blick zu befriedigen vermögen. Das Motto: Geniesse heute, bezahle morgen, ist fehl am Platz. Eine derartige Wirtschaftspolitik lehnen wir ab, denn wir nehmen unsere Verantwortung für die Stadt Bern wahr und sehen einem Niedergang von Bern nicht tatenlos zu.

Für die SP-Fraktion spricht *Irène Marti Anliker* und fordert Thomas Fuchs auf, sich einmal im Grossen Rat für die Stadt Bern einzusetzen, damit die Anliegen der Stadt Bern nicht immer unter den Teppich gekehrt und abgelehnt werden. Die Stadt Bern könnte im Jahr 2000 ein ausgeglichenes Budget erreichen, wenn alle das vom Gemeinderat vorgelegte Budget mit einem Steuerfuss von 2,4 unterstützten. Die SP-Fraktion machte nie ein Hehl daraus, dass sie die Finanzen einnahmen- und ausgabenseitig sanieren helfen will. Wir haben entsprechende Finanzstrategien vorgelegt. Wir begrüssen die Portfolioanalyse, welche die Stadt im Moment erstellt, denn sie ermöglicht es, politisch seriös zu entscheiden, wo Prioritäten gesetzt werden müssen, wo Aufgaben abgebaut werden sollen und wo nicht. Dies setzen wir dem Gemischtwarenladen mit Motionen und Postulaten der FDP-Fraktion entgegen. Wir weigern uns nicht, Sachen zu prüfen, sondern haben oft auch Nein gestimmt, um Verwaltungsleerlauf zu verhindern, denn einiges wird bereits geprüft. Und anderes schätzen wir politisch anders ein. Z.B. wird kein Privater für die Stadt etwas gratis erledigen. Die Privaten wollen verdienen. Die verlangte Privatisierung dient nicht der Stadt, sondern dem Gewerbe.

Dies muss transparent gemacht werden. Die Bürgerlichen wollen mit ihren Rückweisungsanträgen linear 20 Mio streichen. Das ist willkürlich und führt uns in eine politische Sackgasse. Die Äusserungen von Thomas Fuchs zeigten, wie er der Stadt schaden will, indem er neue Steuerzahler von der Stadt Bern fernhalten will. Das ist eines FIKO-Präsidenten resp. Vizepräsidenten unwürdig. Die SP-Fraktion kann den Gemeinderat unterstützen, wenn er in dieser Finanzsituation die Hälfte der Erträge der Verkäufe der Gymnasien für die Schuldenanierung verwenden und die andere Hälfte im Budget 2000 als Ertrag einsetzen will. Das ist nur eine kleine Wiedergutmachung für alle die unbeglichenen Zechen für Zentrumslasten, Aufgaben als Bundesstaat und auch den Skandal Working-poor - und die Unternehmer fahren weiterhin unverfroren ihre Gewinne ein. Die Variantenabstimmung ist keine Mogelpackung, sondern den Stimmberechtigten wird klargestellt, dass mit 2,4 ein ausgeglichenes Budget erreicht und mit 2,3 nach wie vor ein Defizit entsteht. Die SP-Fraktion setzt sich logischerweise für die Variante 2,4 ein, denn seit Jahren betonen wir, dass auch Mehreinnahmen realisiert werden müssen, was von den Bürgerlichen immer verhindert wird. Wir wehren uns gegen eine Politik, in der Sozialabbau betrieben wird. Das Budget enthält eine neue Tagesschule, eine Beauftragte/einen Beauftragten für Lehrstellenfragen, die Fachstelle für Integration usw. Auch in finanziell schwierigen Zeit darf man nicht einfach den Kopf in den Sack stecken und alle neuen Probleme ignorieren. In der Detailberatung haben wir nur wenige Anträge eingereicht. Irène Marti Anliker bittet den Rat, Eintreten zu beschliessen, der Variantenabstimmung zuzustimmen und für 2,4 zu stimmen.

Für die Fraktion GFL/EVP spricht *Bernhard Pulver* (GFL). Unsere Fraktion unterstützt die Anträge des Gemeinderats und lehnt die bürgerlichen Rückweisungsanträge ab. Es ist an der Zeit, anzuerkennen, welche enormen Sparanstrengungen und ausgabenseitigen Massnahmen realisiert worden sind. Aber auch dem Gemeinderat ist klar, dass noch mehr getan werden muss. Vergleichen wir jedoch mit der Zeit des Vierer-mit und den damaligen enormen Ausgabensteigerungen und dem, was RGM in den letzten Jahren erreicht hat, nämlich die Ausgaben in Griff zu bekommen, verlangt dies nach Anerkennung. Wir haben bei der Diskussion zum Finanzplan und zur FDP-Motion aufgezeigt, dass was bisher gespart worden ist, sicher noch nicht genügt. Wenn wir mit dem aktuellen Budget ohne weitere Massnahmen weiterarbeiten, entstehen zusätzliche Defizite. Bleiben wir bei einem Steuersatz von 2,3 wird das Defizit im Jahr 2000 20 Mio betragen, im nächsten Jahr 40 Mio usw. Es braucht deshalb einen zusätzlichen Effort und zwar in drei Punkten: Auf der Einnahmenseite: Wir sagen deshalb Ja zu einer befristeten Steuererhöhung auf 2,4. Unserer Meinung nach ist eine Steuererhöhung unumgänglich, wir dürfen nicht zusätzliche Defizite für spätere Generationen aufhäufen. Die kurzfristigen Massnahmen sind weitgehend ausgeschöpft. Die in der FDP-Motion vorgeschlagenen Massnahmen wirken mittelfristig, nicht sofort. Eine Steuererhöhung muss jedoch zeitlich beschränkt werden, denn eine hohe Steuerbelastung bringt Probleme, aber die Gründe, weshalb Leute aus der Stadt Bern wegziehen, haben nichts mit dem Steuereffuss zu tun. Wenn jedoch eine Steuererhöhung beschlossen wird, darf es in Zukunft keine Defizite mehr geben. Es muss alles daran gesetzt werden, dass im Jahr 2001 kein Defizit mehr ausgewiesen werden muss. Bernhard Pulver findet es richtig, dass die Abgeltung der Zentrumslasten wirklich vordringlich behandelt wird. Es braucht vermehrt eine Regionalisierung. Es ist auch richtig, dass der Gemeinderat auch einmal auf den Tisch klopft. Gleichzeitig sollte gegenüber dem Kanton nicht immer nur gejammert, sondern versucht werden, eine positive Offensive zu betreiben. Der Kanton muss davon überzeugt werden, dass Bern eine attraktive Hauptstadt braucht. Im Kanton Zürich ist erkannt worden, dass der Kanton ohne starkes Zentrum nicht attraktiv ist. Es braucht auch auf der Ausgabenseite weitere Massnahmen. Wir begrüssen die Portfolioanalyse und dass es sich der Gemeinderat zum Ziel setzt, 10 Mio Franken einzusparen. Wir hoffen auch, dass der Gemeinderat diejenigen Punkte des FDP-Vorstosses, die er anzunehmen bereit war, auch prüfen wird, obwohl die Vorstösse abgelehnt worden sind. Es braucht zusätzliche Sparanstrengungen, ansonst ist es uns nicht möglich, eine Steuererhöhung von 2,4 zu vertreten. Die klare Mehrheit der Fraktion GFL/EVP ist für eine Variantenabstimmung, da die kurzfristigen Sparmöglichkeiten ausgereizt sind. Eine Fraktionsminderheit ist gegen Varianten, weil mit guten Gründen gesagt werden kann, es könne dem Volk nur 2,4 empfohlen werden. Wir sagen somit Ja zum Budget,

zum Steuersatz von 2,4 und zur Variante und bitten die Bürgerlichen, wieder einmal eine andere Platte aufzulegen.

Für die FDP-Fraktion spricht *Adrian Haas*. Nachdem der Rat alle Anträge zur Finanzsanierung abgelehnt hat, nimmt die Defizitwirtschaft ihren Lauf. Eigentlich sollte ein Mechanismus eingeführt werden, wonach Stadt- und Gemeinderäte, die nicht sparen wollen, eine Sondersteuer aus ihrem eigenen Portemonnaie leisten müssen. - Das heutige Budget schliesst, wenn man von einer unrealistischen Steuererhöhung und den Mogeleyen mit ausserordentlichen Erträgen aus dem Verkauf der Liegenschaften absieht, mit einem Defizit von mehr als 40 Mio Franken ab. Das ist inakzeptabel und spiegelt den mangelnden Sparwillen wider. Der Bruttoaufwand ist im Vergleich zur Rechnung 1998 in den meisten Direktionen gestiegen, und beim Sachaufwand ist eine Zunahme von rund 10 Mio zu verzeichnen. Auch von RGM-Seite ist in der FIKO grundsätzlich bemerkt worden, so z.B. von Michael Straub, „dass der Sparwille etwas erlahmt ist“ oder von Rosmarie Okle Zimmermann „dass zuwenig Sparbemühungen gemacht wurden“. Leider sind aus diesen Erkenntnissen keine Konsequenzen gezogen worden. Im Prinzip ist es kein Wunder, dass die Finanzen nicht in Ordnung kommen. Der Gemeinderat ging bei seinen Budgetrichtlinien bereits von einer Steuererhöhung auf 2,4 aus. Wie soll die Verwaltung Sparvorschläge einbringen, wenn ihr bereits zum vorneherein signalisiert wird, dass mehr Geld zur Verfügung stehe? Das ist skandalös. Beim vorliegenden Budget, oder bei den vorliegenden Budgets, haben wir es in doppelter Hinsicht mit Mogelpackungen zu tun: Es werden ausserordentliche Erträge verwendet, um die effektive Finanzsituation zu verschleiern. Dies kann auch bildlich dargelegt werden: Die Stadt verkauft Möbel, um in einer teuren Wohnung zu bleiben, die sie sich nicht leisten kann, anstatt eine günstigere Wohnung zu suchen.

Der Gemeinderat weist im Finanzplan eine Steuererhöhung von 2,4 aus, will aber dem Volk trotzdem eine Variante von 2,3 vorlegen. Das ist inkonsequent, und wir haben den Eindruck, dass eine Steuerdebatte heraufbeschwört werden soll, um in deren Windschatten die Variante 2,3 durchbringen und von den eigenen Finanzproblemen ablenken zu können.

Zur Sanierung: Adrian Haas hat bereits in seinen Ausführungen zum Finanzplan dargelegt, dass eine Sanierung nicht in Sicht sei. Er möchte diese Argumente nicht wiederholen bittet jedoch darum, sie in der Botschaft zu berücksichtigen. Tatsache ist, dass heute und in Zukunft Defizite zwischen 40 und 60 Mio Franken ausgewiesen werden müssen. Das ist zuviel. Der Kanton hat der Stadt im Grobkonzept zur Sanierung zugestanden, bis ins Jahr 2003 mit Defiziten zu fahren und ab dann eine ausgeglichene Rechnung vorzulegen. Neue Defizite bis 2003, inklusive dasjenige dieses Jahres von 60 Mio Franken würden unter dem Titel „neurechtliche Finanzfehlbeträge“ laufen und müssen nach neuem Gemeindegesetz innerhalb von 8 Jahren abgetragen werden. Sobald ein Drittel des jährlichen Steuerertrags als Verlustvortrag überschritten wird (in Bern ca. 170 Mio) käme zwingend ein Sanierungsplan mit verbindlichen Massnahmen. Deshalb versucht die Stadt, alle ausserordentlichen Erträge dazu zu verwenden, um die Löcher in der Laufenden Rechnung zu stopfen, und neurechtliche Defizite zu verhindern. Mit diesem Manöver wird das neue Gemeindegesetz umgangen, das zwischen altrechtlichen und neurechtlichen Bilanzfehlbeträgen unterscheidet. Es darf nach unserer Auffassung nicht sein, dass Vermögenswerte verhökert werden und damit das Substrat für die Tilgung der altrechtlichen Schulden aufgebraucht wird. Adrian Haas behält sich eine Beschwerde gegen die Beschlüsse des Stadtrats vor. Auch der Kanton fordert im übrigen mit Recht, dass vorweg die altrechtlichen Defizite abgetragen werden.

Die FDP-Fraktion stellt folgenden Rückweisungsantrag:

Das Budget 2000 wird an den Gemeinderat zurückgewiesen mit dem Auftrag, dem Stadtrat **gemeinsam mit einem neuen, konkreten Sanierungspaket** (Paket Nr.2) ein neues Budget zu unterbreiten, welches u.a. folgende Bedingungen erfüllt:

1. Das Budget trägt dazu bei, dass unter Berücksichtigung der nachfolgenden Punkte mindestens das gemäss kantonalem Gemeindegesetz erforderliche Sanierungsziel erreicht wird.
2. Der – nicht mehr geschuldete – städtische Beitrag an die Fachhochschulen ist aus dem Budget zu streichen.

3. Der Ertrag aus dem Verkauf der Gymnasiumsliegenschaften von 44,2 Mio Franken ist vollumfänglich dem Abbau der altrechtlichen Bilanzfehlbeträge gutzuschreiben.
4. Auf eine Steuererhöhung ist zu verzichten.
5. Auf eine Variantenabstimmung ist zu verzichten, es sei denn, die Varianten unterscheiden sich nicht nur durch die Höhe der Steueranlage.

Wir verlangen gleichzeitig mit einem neuen Budget ein echtes Sanierungspaket Nr. 2: Welchen Inhalt dieses haben sollte, haben wir schon etliche Male wiederholt. Es geht nicht anders, als dass nun endlich saniert wird. Ferner müssen die kantonalen Vorgaben erfüllt werden. Es muss ein Budget vorgelegt werden, das längerfristig Gewähr bietet, dass eine Sanierung erfolgt. Falls der FDP-Rückweisungsantrag abgelehnt wird, stellt Adrian Haas bereits jetzt den Antrag, den Ertrag aus dem Verkauf der Gymnasialliegenschaften vollumfänglich zur Abschreibung der altrechtlichen Bilanzfehlbeträge zu verwenden. Zur Steuererhöhung wird er sich bei der Diskussion um die Steueranlage äussern. Wir werden zu Beginn der nächsten Sitzung entscheiden, ob wir eine Variante wollen oder nicht.

Einzelvoten

Ernst Stauffer (ARP): Wir stellen ein für allemal klar, dass wir eine Steuererhöhung in der Volksabstimmung vehement bekämpfen werden. Deshalb lehnen wir auch eine Variantenabstimmung ab, denn sie ist nichts anderes als eine Schlaumeierei, eine Augenwischerei, oder eine Selbsttäuschung mit dem Zweck, dass das Budget angenommen wird - im schlechtesten Fall werde der Kanton dann schon höhere Steuern verordnen. Ein doppelter Steuerfuss als der von Muri ist unverantwortbar und kontraproduktiv. Wer kann, zieht die Konsequenz, auch wenn immer behauptet wird, der Steuerfuss spiele keine grosse Rolle. Viele Budgetposten sind gleich geblieben oder sind sogar höher, von Sparbudget kann keine Rede sein. So geht es nicht mehr weiter. Wir sind für Rückweisung. Sollte Rückweisung abgelehnt werden, lehnen wir das Budget ab.

Finanzdirektorin *Therese Frösch* findet, es sollte nicht im Interesse der Stadt sein, kantonale Politik zu machen und mitzuhelfen, diese noch restriktiv auszulegen. Die Ausführungen von Adrian Haas zum neuen Gemeindegesetz stimmen, gerade deshalb wollen wir keine neu-rechtlichen Defizite machen, um Spielraum gewinnen können. Die Stadt Biel hat Vermögensgewinne gemacht und Baurechte aufgewertet und baut damit Defizite ab. Um die Verwendung kann ein Seilziehen stattfinden, im neuen Gemeindegesetz steht nur, dass bei altrechtlich aufgelaufenen Fehlbeträgen ein Sanierungsplan bis Ende Jahr vorgelegt werden muss. Dies soll jedoch in einem partnerschaftlichen Ton und miteinander geschehen. Es ist ein Unsinn, den altrechtlichen Fehlbetrag in der Laufenden Rechnung abzuschreiben. Auch Basel und Zürich haben sich auf ein pragmatisches und vernünftiges Abkommen geeinigt, indem versucht wird, neu-rechtliche Bilanzfehlbeträge zu vermeiden. Bedacht werden muss immer, dass 85% der Aufgaben gebundene sind. Wir möchten Sachpolitik betreiben und die Probleme der Stadt Bern lösen helfen. Rückweisung bringt keinen Gewinn, sondern beschleunigt ein Eingreifen des Kantons. Der Rat möge auf den Voranschlag 2000 eintreten.

Beschlüsse

1. Der Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion obsiegt demjenigen der SVP-Fraktion mit 19 : 4 Stimmen bei 30 Enthaltungen.

Für den FDP-Rückweisungsantrag stimmten:

Thomas Balmer, Markus Blatter, Michael Burri, Verena Furrer-Lehmann, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Christoph Müller, Heinz Rub, Ursula Rudin-Vonwil, Peter Sigerist, Ernst Stauffer, Ueli Stüchelberger, Peter Stucki, Margrit Stucki, Katharina Suter, Hans Ulrich Suter, Eva von Ballmoos-Keller

Für den Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion stimmten:

Thomas Fuchs, Hans Ulrich Gränicher, Peter Linder, Bernhard Pulver

Enthaltungen:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Sven Baumann, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Annette Brunner, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Marcel Fankhauser, Ruedi Hofer, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Blaise Kropf, Andreas Krummen, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Irène Marti Anliker, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Ruth Rauch-Schumacher, Annemarie Sancar-Flückiger, Sylvia Spring Hunziker, Béatrice Stucki, Luzius Theiler, Catherine Weber, Andreas Zysset

2. Rückweisung wird mit 40 : 14 Stimmen abgelehnt.

Für Rückweisung stimmten:

Thomas Balmer, Markus Blatter, Thomas Fuchs, Hans Ulrich Gränicher, Adrian Haas, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Peter Linder, Christoph Müller, Heinz Rub, Ernst Stauffer, Katharina Suter, Hans-Ulrich Suter

Gegen Rückweisung stimmten:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Sven Baumann, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Annette Brunner, Michael Burri, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Marcel Fankhauser, Verena Furrer-Lehmann, Ruedi Hofer, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Blaise Kropf, Andreas Krummen, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Irène Marti Anliker, Elsi Meyer, Barbara Mühlheim, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Bernhard Pulver, Ruth Rauch-Schumacher, Ursula Rudin-Vonwil, Annemarie Sancar-Flückiger, Doris Schneider, Peter Sigerist, Sylvia Spring Hunziker, Ueli Stückelberger, Peter Stucki, Margrit Stucki, Béatrice Stucki, Luzius Theiler, Eva von Ballmoos, Catherine Weber, Andreas Zysset

Eingänge

Es wurden eingereicht und dem Gemeinderat überwiesen 2 Motionen, 5 Postulate, 2 dringliche Interpellationen, 4 ordentliche Interpellationen, nämlich

Motion Fraktion GFL/EVP (Michael Burri, GFL): „Anpacken statt Jammern“: Polizeidirektion nicht vergessen!

In ihrer Motion „Anpacken statt Jammern; Sanierung der Stadtfinanzen aus eigener Kraft“ vom 11. März 1999 (welche in der heutigen Stadtrats-Sitzung traktandiert ist) unterbreitet die Fraktion FDP insgesamt 26 Sparvorschläge, die schwergewichtig einen Abbau oder eine Auslagerung städtischer Dienstleistungen anstreben. Eigenartigerweise betrifft kein einziger dieser Sparvorschläge die (von einem FDP-Mitglied geleitete) Polizeidirektion. Da wir der Ansicht sind, dass auch in dieser Direktion einige Sparpotentiale brachliegen, verlangen wir, dass der Gemeinderat dem Stadtrat Entwürfe zu Beschlüssen vorlegt, welche folgendes bewirken:

1. **Zusammenlegung der städtischen Kriminalpolizei mit derjenigen des Kantons** per Ende 2001 (= frühestmöglicher Kündigungsstermin des gegenwärtig laufenden Vertrages zwischen Stadt und Kanton betr. „die Besorgung des Polizeidienstes in der Gemeinde Bern). *Vorläufige Begründung:* Die seit Jahren als Beraterin der Berner Stadtpolizei wirkende Firma Team Consult, hat in zwei mehr oder weniger zeitgleich erstellten Gutachten im einen Fall (Zürich) eine Zusammenlegung der Kriminalpolizeien von Stadt und Kanton empfohlen (vgl. NZZ vom 16. Februar 1998 S. 53), im anderen Fall (Bern) jedoch nicht (vgl. Tagblatt des Grossen Rates des Kantons Bern, Protokoll vom 12. März 1998, Seite 211 ff., sowie "Der Bund" vom 19. Februar 1998). Diese unterschiedliche Schlussfolgerung ist unseres Erachtens nicht haltbar und dürfte auf die unterschiedlichen Interessen der jeweiligen Auftraggeber dieser Gutachten zurückzuführen sein. Der vorgesehene Beitritt der Stadt Bern zum Konkordat über die polizeiliche Zusammenarbeit in der Nordwestschweiz führt demgegenüber in die richtige Richtung, kann aber - soweit die Zusammenarbeit *innerhalb* des Kantons Bern betreffend - sicher noch nicht genügen. Erfreulich ist, dass in jüngster Vergangenheit zwischen Stadt- und Kantonspolizei auf Kommando-Ebene Gespräche über eine weitergehende Zusammenarbeit geführt wurden (z.B. betr. Angleichung/Zusammenlegung von Kriminaltechnik, Unfallaufnahme, Garagenbetrieben, Informatik), doch drohen diese Gespräche, wohl aufgrund der Sonderinteressen einzelner Beteiligter, nun wiederum ohne konkrete Ergebnisse zu versanden.

2. **Abschaffung, zumindest aber personelle Reduktion des Informationsdienstes (ehemals: Nachrichtendienst) der Stadtpolizei**

Begründung:

Unabhängig von grundsätzlichen Überlegungen über Sinn oder Unsinn eines Nachrichtendienstes sowie den Auswirkungen, welche der Fall „Bellasi“ auf Bundesebene noch haben wird: Die nachrichtendienstliche Tätigkeit ist sicher keine Aufgabe einer Gemeinde! Art. 4 des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS) bezeichnet denn auch die Kantone (und nicht einzelne Gemeinden) als verantwortlich für die innere Sicherheit ihres Gebietes. Daran ändert auch nichts, dass Bern Bundesstadt ist und der Kanton Bern sicherheitspolizeiliche Aufgaben an die Stadt abgetreten hat (vgl. Art. 6 Abs. 2 BWIS). Die Gelder, welche die Stadt Bern vom Bund zur Erfüllung dieser Aufgaben erhält (z.Z. jährlich um die 4 Mio. Franken), sind denn auch nicht für den Nachrichtendienst bestimmt, sondern für diejenigen Aufgaben, deren Erfüllung durch die Stadtpolizei wirklich Sinn macht (Gewährleistung der Sicherheit bei Staatsempfängen, Demonstrationen, Botschaftsbewachungen etc.). Der Gemeinderat erhoffte sich zwar vor Jahresfrist eine Abgeltung auch der nachrichtendienstlichen Tätigkeiten der Stadtpolizei durch den Bund (vgl. Sanierungsplan 1999-2002, Massnahme Nr. 30), doch scheinen sich diese optimistischen Erwartungen (vgl. auch Stadtrats-Protokoll vom 21. Januar 1999, S. 72 sowie Verwaltungsbericht 1998 S. 65) nun offenbar nicht zu erfüllen. Der Informationsdienst der Stadtpolizei ist demnach auf höchstens diejenige

Anzahl Stellen zu reduzieren, die der Bund ab nächstem Jahr (2000) auch tatsächlich und vollumfänglich abgeltet wird.

Ganz abgesehen davon sind wir aber weiterhin der Ansicht, dass sich ein Informationsdienst (Nachrichtendienst) auf städtischer Ebene erübrigt: Soweit zur Bekämpfung des international operierenden Verbrechertums tatsächlich eine präventive Tätigkeit der Polizei erforderlich sein sollte, reicht ein einziger entsprechender Dienst für die gesamte Schweiz aus, welcher logischerweise der Bundesverwaltung anzugliedern wäre. Für die Bekämpfung lokal tätiger Gewaltextremisten wie Skinheads etc. reicht demgegenüber die gewöhnliche kriminalpolizeiliche Tätigkeit völlig aus.

Ferner regen wir (in Postulatsform) an, dass der Gemeinderat in seinem Zuständigkeitsbereich folgendes veranlasst:

1. **Deutlich engere Zusammenarbeit** zwischen Stadt- und Kantonspolizei **auch ausserhalb des Bereichs Kriminalpolizei**, insbesondere was die **Informatik** anbelangt.

Begründung:

Informatik-Vorhaben der Stadtpolizei Bern haben im Rat immer wieder zu Diskussionen Anlass gegeben und in einzelnen Fällen auch zu Rückweisungen an den Gemeinderat geführt, verbunden mit der Auflage, durch verstärktes Zusammenspannen mit dem Kanton Synergiepotentiale zu nutzen (z.B. Einsatzleitzentrale, Stadtrats-Sitzung vom 25. November 1993; Projekt "Kobra", Stadtrats-Sitzung vom 31. Oktober 1996). Die in der Folge vorgelegten neuen Gemeinderats-Anträge vermochten ebenfalls nicht restlos zu überzeugen, wurden aber dennoch angenommen, weil ja schliesslich niemand den Polizeibeamten und -beamtinnen die Ausübung ihrer Arbeit erschweren möchte. Etwas erschüttert musste die GPK-Delegation, welche sich mit der Polizeidirektion befasst, dann aber zur Kenntnis nehmen, dass Stadt- und Kantonspolizei anfangs 1998, nur wenige 100 Meter Luftlinie voneinander entfernt, je eine Millionen-teure Einsatzleitzentrale in Betrieb nahmen, deren Systeme offenbar und entgegen den seinerzeit abgegebenen Zusicherungen *nicht* miteinander kompatibel sind! Ebenso erstaunte die Aussage eines (nicht der Polizeidirektion angehörenden) Chefbeamten, wonach sich bei der Durchführung des Informatik-Projektes "Kobra" die Zusammenarbeit mit dem Kanton "schwierig" gestalte.

2. **Berufsfeuerwehr:** Konsequenteres Einfordern der möglichen Gebühren und Beiträge Dritter, vermehrte Nutzung der Arbeitsbereitschaftszeiten für kommerzielle Leistungen, verstärkte Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden (Regionalisierung).

Begründung:

- Bei den Beratungen des Jahresberichtes 1998 bzw. des Produktegruppen-Budgets 2000 des NSB-Piloten Berufsfeuerwehr hat sich gezeigt, dass die Realisierung der im Sanierungsplan 1999-2002, Massnahme Nr. 11 *vorgesehenen* Mehreinnahmen, insbesondere die konsequente Kostenrückerstattung von Eigentümer und Eigentümerinnen von Bauten und Anlagen mit erhöhten Risiken (vgl. Art. 31 lit. b des kant. Feuerschutz- und Wehrdienstgesetzes) sowie die kantonalen Beiträge an die jährlichen Betriebskosten für Sonderstützpunkte (vgl. Art. 18 FWG), sich "mangels einer klaren Richtlinie offenbar als „schwierig“ gestaltet bzw. „ins Stocken“ geraten ist". Ferner können die Kosten für Feuerwehreinsätze in Nachbargemeinden nur in beschränktem Umfang in Rechnung gestellt werden (vgl. Art. 33 FWG, dann aber Art. 38 der Ausführungs-Verordnung). Wir erwarten deshalb vom Gemeinderat, dass er, nachdem die Feuerwehrepflichtersatz-Abgabe definitiv ausser Abschied und Traktanden gefallen ist, beim Kanton resp. bei der Gebäudeversicherung energisch und mit allen ihm zur Verfügung stehenden Argumenten und Möglichkeiten eine Erhöhung der gesetzlich möglichen Gebühren und Beiträge Dritter durchsetzt.
- Gemäss Ziff. 6.3 des Kontraktes zwischen Polizeidirektion und Berufsfeuerwehr ist der Anteil der nicht-gemeinwirtschaftlichen (kommerziellen) Leistungen, welche die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen während ihrer Bereitschaftszeiten erbringen, auf maximal 5 Prozent des gesamten Umsatzes der Berufsfeuerwehr beschränkt. Aufgrund einer Intervention der GPK/FIKO-Delegation wird diese Beschränkung nun fürs kommende Jahr aufgehoben. Wie die GPK anlässlich ihres Verwaltungsbesuchs bei der

Berufsfeuerwehr vom Frühjahr 1997 feststellte, verfügt jene über einen beträchtlichen Maschinenpark (z.B. zur Holzbearbeitung), welcher wohl besser genutzt werden könnte (vgl. hierzu auch die Interpellation Christoph Müller/FDP vom 28. Mai 1996, beantwortet in der Stadtratssitzung vom 17. September 1998).

- Schliesslich erscheint wenig sinnvoll, dass die Nachbargemeinden, welche von der Berufsfeuerwehr der Stadt Bern innert nützlicher (Bereitschafts-)Frist "bedient" werden können, eine eigene, kostspielige Feuerwehr-Infrastruktur aufrecht erhalten. Eine verstärkte Zusammenarbeit mit diesen Gemeinden (i. S. einer Kostenbeteiligung), evtl. sogar eine Regionalisierung der Berufsfeuerwehr ist daher unbedingt anzustreben (gilt v.a. auch für einen allfälligen künftigen Stützpunkt Bern West/Brünen der Berufsfeuerwehr).

3. **Zivilschutz und Quartieramt:** Weitere Redimensionierung (Erarbeitung eines Abbaubau-Konzepts), konsequente Materialbewirtschaftung, verstärkte Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden (Regionalisierung).

Begründung:

Die im Sanierungsplan 1999-2002, Massnahme Nr. 17 vorgesehenen Sparziele sind sehr zu begrüßen, gehen uns aber noch zu wenig weit. Wir sind der Auffassung, dass in den Tätigkeitsgebieten von Polizei, Berufsfeuerwehr, Armee und Zivilschutz immer noch gewisse Doppelspurigkeiten bestehen, welche zulasten des Zivilschutzes zu beseitigen sind (z.B. Kulturgüterschutz, Versorgung und Betreuung der Bevölkerung im Katastrophen-Fall). Infolge abnehmender militärischer Bedrohung einerseits und zunehmender Verschuldung der öffentlichen Hand andererseits, bemühen sich die Verantwortlichen der entsprechenden Organisationen auf Bundes- und Kantonsebene jedoch krampfhaft und in teilweise obskuren Aktionen, ihre Besitzstände zu wahren. Ausdruck der Spannungen, welche dadurch "an der Basis" erzeugt werden, mag die Bemerkung auf S. 25 unten des Jahresberichtes 1998 des NSB-Piloten Berufsfeuerwehr sein ("praxisfremde Schreibtischtäter"). Hier besteht Handlungsbedarf, eine Übersicht über den gegenwärtigen Zustand (z.B. durch Einholung eines externen Gutachtens, wie dies bei der Sanitätspolizei bereits erfolgt ist) tut not und könnte „Schiffbrüchige“, wie sie im Falle des Regionalen Ausbildungszentrums Riedbach passiert sind, künftig vermeiden helfen (vgl. hierzu Stadtratssitzungen vom 29. Februar 1996, 20. März 1997 und 14. August 1997). Des weitern ist das infolge Redimensionierung des Zivilschutzes freiwerdende Material möglichst sinnvoll zu bewirtschaften bzw. zu veräussern. Andere Gemeinden im Kanton Bern haben schliesslich vorgemacht wie durch Zusammenlegung der Zivilschutzorganisationen menschliche und finanzielle Ressourcen eingespart werden können (z.B. sieben Gemeinden im Amt Nidau: Reduktion der Zivilschutzpflichtigen um rund einen Drittel durch Zusammenlegung aller Zivilschutzorganisationen).

4. Überprüfung der Stellenetats beim **Polizeiinspektorat**, beim **Direktionssekretariat und den Zentralen Diensten**

Begründung:

Auch hier sind gewisse Einsparungen bereits vorgesehen (vgl. Sanierungsplan 1999-2002, Massnahme Nr. 16), welche u.E. jedoch noch weiter gehen könnten (z.B. Gewerbepolizei: Wegfall von Arbeiten infolge Liberalisierungen auf kant. Ebene, z.B. im Gastgewerbe; Direktionssekretariat: erst anfangs der 90er Jahre geschaffene Stelle eines/einer juristischen Adjunkten/-in, welche nach Erledigung der zu erwartenden Mehrarbeiten infolge Umsetzung des Verkehrskompromisses und des Rechtssetzungsprogrammes gemäss Art. 164 neue GO wohl wieder eingespart werden könnte; Zentrale Dienste: Wegfall von Koordinationsaufwand infolge verbesserter Zusammenarbeit auf oberster Führungsebene und abgeschlossenen Raumbewirtschaftungs-Programmen).

Bern, 16. September 1999

Fraktion GFL/EVP (Michael Burri, GFL), Eva von Ballmoos, Ursula Rudin-Vonwil, Ueli Stükelberger, Peter Stucki, Sven Baumann, Bernhard Pulver, Verena Furrer-Lehmann

Motion Liselotte Lüscher (SP): Zum Jahr des älteren Menschen: Ersatzlose Streichung von Absatz 3, Artikel 36 (Amtsdauer) im städtischen Schulreglement

Absatz 3 von Artikel 36 des städtischen Schulreglements lautet: *Kommissionsmitglieder können nur bis zum Ende des Kalenderjahres amten, in welchem sie das 70. Altersjahr vollenden.*

Die Basis dieses Artikels findet sich weder in der alten noch in der neuen GO, noch im neuen Volksschulgesetz, sondern im Artikel 10 (Abs. 3) des alten Gemeindegesetzes - das seit Anfang dieses Jahres ausser Kraft ist - der die Gemeinden u.a. ermächtigte, Altersgrenzen für Kommissionen einzuführen. Im seit 1.1.99 geltenden neuen Gemeindegesetz fehlt ein solcher Artikel. Im Kommentar zum neuen Gemeindegesetz wird zwar darauf hingewiesen, dass die Festsetzung eines Höchstalters für das Passive Wahlrecht immer noch möglich sei, aber gut begründet werden müsse, da dieses vor dem Diskriminierungs- und Willkürverbot von Art. 4 der Bundesverfassung standhalten müsse. Eine allfällige Höchstaltersgrenze müsse ausserdem im Organisationsreglement der Gemeinde festgehalten sein.

Es ist sicher richtig, dass der erwähnte doch leicht diskriminierende Artikel nicht mehr ins Gemeindegesetz aufgenommen wurde. In den letzten 20 Jahren hat sich auch in der Stadt Bern die Altersgruppe der 70-Jährigen und Älteren recht stark verändert. Über 70-Jährige sind oft ausgesprochen rüstig, nutzen ihre Zeit und hüten dabei oft ihre Grosskinder, da deren Eltern z.B. berufstätig sind, und haben dadurch oder auch wegen eines generellen Interesses einen Bezug zu unseren Schulen. Da es heute immer schwieriger wird, Schulkommissionssitze innert nützlicher Frist zu besetzen, die Fluktuation in den Kommissionen ausserdem hoch ist, ist es sicher zusätzlich falsch, diese Altersgrenze noch zu setzen. Wer sich nicht mehr fähig fühlt und kein Interesse hat, wird sich genau wie jemand Jüngeres in der gleichen Situation, nicht in eine Kommission wählen lassen. Aber Leuten über 70, die das wünschen, sollte ein Schulkommissionssitz oder ein Verbleiben in einer Kommission wegen ihres Alters nicht verwehrt werden.

Der Gemeinderat wird aufgefordert Abs. 3 von Artikel 36 (Amtsdauer) im städtischen Schulreglement ersatzlos zu streichen.

Die Reglementsänderung kann dem Rat mit andern notwendigen Änderungen des städtischen Schulreglements vorgelegt werden.

Bern, 16. September 1999

Liselotte Lüscher (SP), Irène Marti Anliker, Sylvia Spring Hunziker, Kurt Mäusli, Marcel Fankhauser, Andreas Krummen, Leslie Lehmann, Esther Kälin Plézer, Walter Christen, Edith Lörtscher, Rosmarie Okle Zimmermann, Béatrice Stucki, Marie-Louise Durrer, Ruedi Hofer, Margrith Beyeler

Postulat Fraktion GB/JA! (Annette Brunner, JA!): Stop der Armenjagd - für mehr Rechtssicherheit bei den Sozialdiensten der Stadt Bern

Am 30. Juni 1999 berichteten die Berner Medien unter dem Titel „Die Region fällt der Stadt zur Last“ über eine Pressekonferenz der Fürsorgedirektion. Dabei zeigte sich Berns Sozialdienstleiterin Annemarie Lanker erschrocken über den „Stadt-Land Fürsorgetourismus“ und suggerierte, die Regionsgemeinden würden Sozialhilfebezüger und -bezügerinnen in die Stadt abschieben. Fürsorgedirektorin Begert forderte lautstark „Gegenmassnahmen“, mit denen dieser Entwicklung Einhalt geboten werden soll. „Der Ausstieg aus der Solidarität“ und „die Herabsetzung der Fürsorgeleistungen auf das absolute Minimum, um die Attraktivität der Stadt zu senken“, seien einen Gedanken wert.

In der Folge protestierte die Gemeinderätin Bommeli aus Bremgarten gegen das Einläuten von Armenjagden und der Könizer Fürsorgedirektor Pauli belegte, dass ebenso viele fürsorgeabhängige Bernerinnen und Berner nach Köniz ziehen wie umgekehrt und die Verhältnisse in beiden Gemeinden sehr ähnlich sind.

Informelle Abklärungen haben in der Folge ergeben, dass die Stadt Bern im Bereich der Berechnung der Sozialhilfe sich noch weitgehend an die im VRB vereinbarten SKOS-Richtlinien hält, dass aber versucht wird, Anspruchsberechtigte von der Geltendmachung von Leistungen fernzuhalten. Dabei werden systematisch Verwaltungsrecht und die SKOS-Richtlinien verletzt.

Bei den getätigten Abklärungen wurde Folgendes genannt:

- Die mündliche Abweisung von Antragsstellerinnen und Antragssteller, obwohl das Erlassen von beschwerdefähigen Verfügungen zwingend vorgeschrieben ist.
- Die Ablehnung von Kostengutsprachen für Wohnungssuchende aus andern Gemeinden, obwohl sich die Miete im Rahmen der Richtlinien bewegt.
- Massive und unbefristete Kürzungen von Sozialhilfeleistungen, die weit über den von der SKOS vorgeschlagenen Rahmen hinausgehen und die nur mündlich statt mittels beschwerdefähigen Verfügungen eröffnet wurden.
- Anrechnung von hypothetischen Einkommen insbesondere bei Suchtkranken, die diese zu Bettelei, Kleinkriminalität und Prostitution zwingt, wenn die Arbeitsangebote des „contact“ überlastet sind.
- Schlechte oder falsche Information von Antragsstellerinnen und Antragssteller über ihre Rechte und über Unterstützungsgrundsätze.

Ich bitte den Gemeinderat deshalb, folgende Massnahmen zu prüfen:

1. Verfassen eines Berichtes über die Unterstützungspraxis im Bereich der gesetzlichen Fürsorge, der insbesondere Auskunft gibt über die Einhaltung der gesetzlichen Grundsätze und der SKOS Richtlinien bei der Behandlung der Unterstützungsgesuche, bei Leistungskürzungen und bei der Ablehnung von Anträgen zur materiellen Hilfe.
2. Sicherzustellen, dass die Abweisung von Unterstützungsgesuchen in jedem Fall schriftlich begründet mittels beschwerdefähiger Verfügung erfolgt, wie es geltendes Verwaltungsrecht und die SKOS-Richtlinien vorschreiben.
3. Sicherzustellen, dass Leistungskürzungen nur im Rahmen der Empfehlungen der SKOS vorgenommen werden, in jedem Fall schriftlich begründet und mit beschwerdefähiger Verfügung eröffnet werden müssen.
4. In den Jahresberichten der Fürsorgedirektion festzuhalten, wie viele Antragssteller und Antragsstellerinnen mittels beschwerdefähiger Verfügung im Laufe des Jahres abgelehnt und wie viele Leistungskürzungen mittels beschwerdefähiger Verfügung eröffnet wurden.

Bern, 16. September 1999

Fraktion GB/JA! (Annette Brunner, JA!), Michael Jordi, Blaise Kropf, Annemarie Sancar, Peter Sigerist, Regula Keller, Catherine Weber

Postulat Fraktion FDP (Urs Jaberg, Christoph Müller): Stop der Stadtentvölkerung - Wohnen in Bern (WiB): Wohnpolitik ist Chefsache...

Situation

Die FDP-Fraktion begrüsst es, dass die Stadtverwaltung dem FDP-Vorstoss "Bezeichnung einer/eines Verantwortlichen für die städtische Wohnpolitik" zu entsprechen, und den verlangten Wohnbaufachmann in naher Zukunft zu benennen gedenkt.

Das Thema Stadtflucht ist unverändert aktuell und brisant. Gemäss der gemeinderätlichen Presseverlautbarung soll der zukünftige Wohnbaubeauftragte in die Finanzdirektion integriert werden.

Die FDP vertritt die Auffassung, der vorgesehene Standort Finanzdirektion des Wohnbeauftragten sei falsch. Es werden sich bei der Behandlung von strategischen Aufgaben Ziel- und Interessenkonflikte ergeben und ihn in seiner Arbeit einengen.

Auftrag

Wir bitten den Gemeinderat zu prüfen und dafür zu sorgen, dass die Stelle des Wohnbeauftragten in die Präsidialdirektion integriert wird. Damit wird die Koordination mit der Stelle für Wirtschaftsförderung unter dem übergreifenden Titel "Koordinierte Stadtentwicklung" gewährleistet.

Bern, 16. September 1999

Fraktion FDP (Urs Jaberg / Christoph Müller), Ueli Haudenschild, Katharina Suter, Thomas Balmer, Markus Blatter, Stephan Hügli, Annemarie Lehmann, Kurt W. Weyermann, Heinz Rub, Adrian Haas, Hans-Ulrich Suter

Postulat Liselotte Lüscher (SP): Zum Jahr des älteren Menschen: Überprüfung der Phasen bei Übergängen mit Ampeln

Es gibt in Bern verschiedene Übergänge über Strassen, die vor allem älteren Leuten Schwierigkeiten bereiten, und zwar weil die Phase „grün“ für sie zu knapp bemessen ist. Auch wenn die Phase „orange“ relativ lang ist, bekommen es besonders ältere Menschen mit der Angst zu tun, sie würden die andere Seite nicht vor dem Wechsel zu „rot“ erreichen. (Typisches Beispiel: Übergang zum Kocherpark an der Effingerstrasse). Wir haben in der Stadt Bern seit 1980, ohne grosse Abweichungen, 20% Einwohner und Einwohnerinnen, die über 65 Jahre alt sind. Selbstverständlich sind viele davon rüstig und vom geschilderten Problem nicht betroffen, aber meist lässt die Gehfähigkeit mit zunehmendem Alter bei fast allen nach. Dazu kommt, dass diese Altersgruppe z.B. wegen abnehmendem Sehvermögen oft auch aufs Autofahren verzichten muss und deshalb auf den öV angewiesen ist. In der Stadt Bern sollen sich aber auch unsere älteren Einwohner und Einwohnerinnen wie alle andern bewegen können und das ohne grosse Ängste. Bei einer Überprüfung wäre es wahrscheinlich sinnvoll z.B. über unsere Altersorganisationen ältere Leute zu befragen, welche Übergänge ihnen besondere Mühe bereiten oder mit ihnen diese Übergänge zu prüfen.

Auch gehbehinderte jüngere Menschen wären für eine Überprüfung der Phasen sicher dankbar.

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, ob die Phasen bei Ampel-Übergängen in der Stadt Bern so geschaltet sind, dass auch ältere leicht gehbehinderte Menschen mühelos die andere Strassenseite erreichen können.

Bern, 16. September 1999

Liselotte Lüscher (SP), Irène Marti Anliker, Sylvia Spring Hunziker, Kurt Mäusli, Marcel Fankhauser, Walter Christen, Edith Lörtscher, Andreas Krummen, Peter Blaser, Margrith Beyeler, Barbara Mühlheim, Leslie Lehmann, Oskar Balsiger, René Zimmermann, Rosmarie Okle Zimmermann, Béatrice Stucki, Elsi Meyer, Edith Olibet, Marie-Louise Durrer, Raymond Anliker, Ruth Rauch, Ruedi Hofer, Margrit Stucki-Mäder, Heinz Junker, Andreas Zysset, Esther Kälin Plézer

Postulat Liselotte Lüscher (SP): Zum Jahr des älteren Menschen: Mehr Sitzgelegenheiten bei Tram- und Bushaltestellen

Ältere Menschen haben oft Mühe längere Zeit zu stehen, weil sie gebrechlich sind oder weil sie sich schwach fühlen. Sie sind deshalb froh, dort wo sie auf Tram und Bus warten, eine

Sitzgelegenheit zu finden. Weil sie nicht rasch gehen können, finden sie sich zudem meist zu früh bei der Haltestelle ein und müssen aus diesem Grund zusätzlich länger warten. Verschiedene städtische Haltestellen sind grosszügig ausgerüstet, bei andern gibt es nicht einmal ein Mäuerchen, auf das man sich setzen kann. Vielleicht wäre es möglich, in Absprache mit benachbarten Geschäften oder Unternehmen, die Situation bezüglich Sitzgelegenheit bei den Haltestellen in der Stadt Bern noch weiter zu verbessern. Die Sitzgelegenheiten könnten den allfälligen Sponsoren oder Sponsorinnen ev. auch als günstige Werbeträger dienen. Priorität hätten Einsteige- oder Umsteigestellen, die stärker als andere von älteren Leuten benutzt werden (Beispiele: Tramlinie 3, Haltestelle Hasler, Nähe Altersheim Monbijou; Buslinie 11, Haltestelle City West, Umsteigestelle nach Inselspital und Bremgarten-Friedhof). Die Tramführer und -führerinnen wissen darüber sicher Bescheid.

Auch jüngere Menschen wären für mehr Sitzgelegenheiten bei Tram- und Bushaltestellen sicher oft dankbar.

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, ob ohne grosse Kostenfolge, nicht weitere Tram- und Bushaltestellen in der Stadt Bern mit Sitzgelegenheiten ausgerüstet werden könnten.

Bern, 16. September 1999

Liselotte Lüscher (SP), Irène Marti Anliker, Sylvia Spring Hunziker, Kurt Mäusli, Franco Sommaruga, Marcel Fankhauser, Walter Christen, Edith Lörtscher, Andreas Krummen, Peter Blaser, Margrith Beyeler, Andreas Zysset, Barbara Mühlheim, Leslie Lehmann, René Zimmermann, Rosmarie Okle Zimmermann, Béatrice Stucki, Elsi Meyer, Edith Olibet, Marie-Louise Durrer, Raymond Anliker, Ruth Rauch, Ruedi Hofer, Margrit Stucki-Mäder, Heinz Junker, Oskar Balsiger, Esther Kälin Plézer

Postulat PVK (Christoph Müller, FDP): Touristen als Störenfriede wider Willen

Situation

Die Touristentrauben, die den berühmten Zeitglockenturm bewundern, sein Figurenspiel zu den bestimmten Zeiten erleben wollen, oder welche die bedeutenden Brunnen in den Hauptgassen von allen Seiten betrachten und photographieren wollen, oder die Fassaden unserer prächtigen Gassenfluchten systematisch zu betrachten suchen: Sie alle werden vom Strassenverkehr - seien es der MIV, der Anliefer-Schwerverkehr oder der öV - als lästige Störenfriede im Verkehrs- und Betriebsablauf behandelt. Im optimalen Fall wird ein Chauffeur die Hindernisse aus Fleisch und Blut sanft aber mit Bestimmtheit aus dem Fahrweg drängen.

Mit wesentlichen Anstrengungen holt Bern-Tourismus Besucher nach Bern, preist die Einmaligkeit unseres UNESCO Welt-Kulturguts. Wenn die Touristen dann aber wirklich kommen und sich an unserer Altstadt freuen wollen, dann werden sie auf Schritt und Tritt als unwillkommen behandelt. Wenn man etwa vergleichsweise vergleicht, wie man als Besucher Prags den dortigen Zeitglockenturm und die schönen Häuser am und das lebendige Treiben auf dem Altstadtplatz in aller Gemütsruhe betrachten kann, dann schämt man sich als Berner für Bern.

Nicht nur ist unhaltbar, dass die z.T. weit hergereisten Touristen unter den heutigen Verhältnissen derart abgeschreckt werden. Darüberhinaus drängt sich immer mehr auf, dass als Gegengewicht zu den sich entwickelnden peripheren Erlebnisstandorten (z.B. Brünnen, ESP Wankdorf, u.a.m.) die Verbesserung der Innenstadt-Attraktivität stark gefördert werden muss.

Wir ersuchen den Gemeinderat:

1. Zu prüfen, durch welche Massnahmen die Hauptgassen der unteren Altstadt für Besucher - und uns Berner - gemütlich und ihrer Bedeutung angemessen erlebbar gemacht werden können.
2. Dabei soll
 - entlang der Gassen im Gassenraum für die Fussgänger mehr und sicherer Platz
 - im Umkreis von bedeutsamen Bauwerken sichere Aufenthaltsflächen geschaffen werden.
3. Der Gassen-/Quartier-fremde Verkehr soll reduziert werden.
4. Die öV-Qualität soll auf dem heutigen, hohen Niveau erhalten bleiben.

Eine baldige Prüfung drängt sich im Hinblick auf die Sanierung von Kram- und Gerechtigkeitsgasse auf.

Bern, 16. September 1999

PVK (Christoph Müller, FDP), Thomas Balmer, Peter Blaser, Oskar Balsiger, Hans Peter Riesen, Blaise Kropf, Michael Jordi, Margrit Stucki-Mäder, Peter Linder, Ueli Stüchelberger

Dringliche Interpellation Michael Jordi (GB): Förderung statt Zwangsarbeit (Projekt SEP)

Die Fürsorgedirektion der Stadt Bern stellte in den Medien das Projekt „Soziale Einsatz-Plätze“ SEP vor. Es ist darin vorgesehen, Sozialhilfebezüger und -bezügerinnen auf niederschweligen Einsatzplätzen in sozialen Institutionen oder für sonstige Hilfsarbeiten einzusetzen. Bei Ablehnung der Arbeit droht den Fürsorgeabhängigen eine massive Kürzung der Sozialhilfe.

Im Zusammenhang mit dem Projekt SEP stellen sich folgende Fragen:

1. Ist der Gemeinderat nicht der Ansicht, dass hier eine Art Zwangsarbeit eingeführt wird? Kann mit solchem Druck die soziale Integration tatsächlich gefördert werden, oder wird nicht vielmehr das Gegenteil, eine zusätzliche Stigmatisierung, erreicht?
2. Inwieweit gefährden SEP die bestehenden Arbeitsstellen von „Arbeit statt Fürsorge“?
3. Inwieweit sind die Einsatzplätze Sozialversicherungs-beitragspflichtig? Begründet die Einsatzzeit eine neue Rahmenfrist bei der Arbeitslosenversicherung?
4. Entsprechen die möglichen massiven Kürzungen bei Ablehnung eines Einsatzes noch den Richtlinien der Schweizerischen Konferenz der öffentlichen Sozialhilfe (SKOS) oder werden diese unterschritten?
5. Müsste der Gemeinderat nicht ein Pilotprojekt mit Evaluation vorsehen, bevor er die Ausdehnung auf 200 bis 300 Plätze im Jahr 2003 anpeilt („Bund“ vom 14.9.99)?
6. Weshalb sind bei den SEP keine Förder- und Weiterbildungsmassnahmen vorgesehen?

Begründung für die Dringlichkeit:

Das Projekt ist gestartet und soll laut Pressebericht und Aussage der Fürsorge- und Gesundheitsdirektion möglichst rasch ausgebaut werden.

Bern, 16. September 1999

Michael Jordi (GB), Ruedi Hofer, Annette Brunner, Blaise Kropf, Edith Olibet, Ruth Rauch, Margrith Beyeler, Annemarie Sancar, Peter Sigerist, Marie-Louise Durrer, Andreas Zysset, Regula Keller, Catherine Weber, Béatrice Stucki, Raymond AnLiker, Peter Blaser, Rosmarie Okle Zimmermann

Dringliche Interpellation Fraktion GB/JA! (Regula Keller / Catherine Weber): Bettelverbot in der Stadt Bern?

Aus der Presse ist zu entnehmen, dass der Gemeinderat - auf Initiative des Stadtpräsidenten - beschlossen hat, die sogenannten Innenstadtprobleme "koordiniert anzugehen" („Bund“ vom 6.9.1999). Angeblich würden immer mehr Reklamationen aus der Bevölkerung eingehen bezüglich "Schmierereien, Abfall, Bettelei und Verkehr".

Bereits in früheren Jahren hat sich immer wieder gezeigt, dass für die Einführung eines Bettelverbots weder die Unterstützung der Legislative noch der Bevölkerung der Stadt Bern gefunden werden konnte (u.a. gescheiterte SVP-Initiative).

Wir bitten den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Auf welche gesetzliche Grundlage will sich der Gemeinderat bei der Einführung eines Bettelverbots stützen?
2. Wieviele bettelnde Menschen sind in der Innenstadt von Bern an einem Mittwochnachmittag gezählt worden und wieviele Anzeigen von Geschäftsleuten oder Privatpersonen sind tatsächlich eingegangen?
3. Ist der Gemeinderat nicht auch der Meinung, dass Repression gegen Bettelnde im Stile einer Task Force in keinem Verhältnis zur Realität steht?
4. Welche Alternativen zum (rechtswidrigen) Bettelverbot gedenkt der Gemeinderat gleichermassen zu prüfen?
5. Wann gedenkt der Gemeinderat die Öffentlichkeit über seine vorgesehenen Massnahmen zu informieren und in welchem Rahmen beabsichtigt er das Parlament einzubeziehen?

Begründung der Dringlichkeit:

Nachdem der Gemeinderat bereits Anfang September 1999 seine Absichten öffentlich kundgetan hat, erwarten wir, dass er - vor der Initiierung irgendwelcher Massnahmen - die Meinung des Stadtrats in seine Überlegungen einbezieht.

Bern, 16. September 1999

Fraktion GB/JA! (Regula Keller / Catherine Weber), Michael Jordi, Doris Schneider, Annette Brunner, Blaise Kropf, Annemarie Sancar, Peter Sigerist

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.

Interpellation Fraktion SVP (Thomas Fuchs, JSVP): Ungereimtheiten beim Leistungsvertrag von 13 216 000 Franken mit der VBG?

Die Berner Stimmbevölkerung hat den Leistungsvertrag mit der Vereinigung für Beratung, Integrationshilfe und Gemeinwesenarbeit (VBG) mit deutlichem Mehr angenommen. Dies sicherlich in der Annahme, dass die Stadt Bern angesichts der Kostenübernahme von zwischen 55 % und 60 % auch entsprechend ein Mitspracherecht wahrnimmt und Einfluss ausübt. Im weiteren gingen sicherlich die Stimmberechtigten zu Recht davon aus, dass eine Ablehnung dieses Leistungsvertrages die Zweckerfüllung und den Weiterbestand des VBG in höchstem Masse gefährden würde.

Im Zusammenhang mit der Sanierung der städtischen Reitschule 1. Etappe hat die VBG Halbseitige JA-Inserate namens ihrer Trägerschaftorganisationen geschaltet, notabene, ohne diese um ihr Einverständnis zu bitten. Aufgrund dieser indirekten Beeinflussung der Abstimmung mit Steuergeldern wurde beim Regierungsstatthalter durch Dritte eine Abstimmungsbeschwerde eingereicht.

In der Beschwerdeantwort vom 13. August 1999 führt der Rechtskonsulent namens der Einwohnergemeinde Bern u.a. folgendes aus:

"Die VBG wird durch einen Vorstand mit 15 Mitgliedern geleitet, in den die Stadt Bern zwei Mitglieder entsenden kann, wobei z.Z. seitens der Stadt nur ein Sitz beansprucht wird."

"Die Stadt Bern hat mit der VBG per 1. Januar 1999 einen vierjährigen Leistungsvertrag abgeschlossen. Die Abgeltung der durch die Stadt Bern bei der VBG bestellten Leistungen deckt rund 50 % der Betriebskosten der VBG".

"Sollte der Leistungsvertrag nach Vertragsablauf nicht erneuert werden, müsste die VBG zwar ihr Leistungsangebot um den von der Stadt bestellten Teil reduzieren, sie wäre jedoch angesichts der erheblichen übrigen Einkünfte in ihrer Zweckerfüllung und in ihrem Bestand nicht gefährdet".

Die aus unserer Sicht doch höchst befremdenden und teilweise tatsachenwidrigen Aussagen veranlassen uns zu folgenden Fragen an den Gemeinderat:

1. Der Kostendeckungsgrad beträgt offenbar neu 50 %. Wird aufgrund dieser Tatsache der Leistungsvertrag gekündigt und angepasst?
2. Teilt der Gemeinderat die Auffassung des Rechtskonsulenten, Andreas Balsiger Betts, wonach bei einem Verzicht auf Erneuerung des Leistungsvertrages Zweck und Bestand der VBG nicht in Gefahr sind?
3. Kann man, falls die Frage 2 mit JA beantwortet wird, davon ausgehen, dass der Leistungsvertrag nach vier Jahren - im Sinne der Sparanstrengungen der Stadt Bern - folglich nicht mehr verlängert wird?
4. Wieso wurde anlässlich der Abstimmung zum Leistungsvertrag mit der VBG nicht auf die erwähnten Umstände, d.h. auf die erheblichen übrigen Einkünfte hingewiesen?
5. Wieso nimmt die Stadt Bern die ihr zustehenden zwei Sitze nicht in Anspruch?
6. Erachtet der Gemeinderat seine Einflussmöglichkeiten als grösster Geldgeber und Hauptträger der VBG als genügend?

Bern, 16. September 1999

Fraktion SVP (Thomas Fuchs, JSVP), Margrit Thomet, Peter Linder, Hans Ulrich Gränicher, Beat Schori, Erich Ryter, Rudolph Schweizer

Interpellation Catherine Weber (GB): Verkehrsberuhigende und kinderfreundliche Massnahmen im Lorrainequartier

In den kommenden Monaten sehen sich die Bewohnerinnen und Bewohner des Lorrainequartiers mit zusätzlichem grossem Verkehrsaufkommen konfrontiert. Zum einen wird die neue Gewerbeschule eröffnet werden und es ist eine Tatsache, dass viele Schüler/Schülerinnen und Lehrer/Lehrerinnen wie auch Teilnehmer/Teilnehmerinnen von Abendkursen, mit dem Auto zur Schule fahren. Hinzu kommen die zahlreichen Parkplatzzuchenden sowie Baustellen, die entweder jetzt schon bestehen oder neu geplant sind (wie etwa die Überbauung am Randweg). Ein grosser Anteil dieses Verkehrs wird insbesondere die Lorrainestrasse belasten, eine Strasse, die sowohl Schulweg als auch Hauptfussgängerweg im Quartier ist und beidseitig befahren wird.

Seit längerem besteht bei einigen Querstrassen zur Lorrainestrasse Einbahnverkehr, was sich sowohl bezüglich Verkehrsaufkommen, Parkplatzordnung, Übersichtlichkeit und Verkehrssicherheit bewährt hat. Bei den meisten Querstrassen handelt es sich im übrigen eigentlich mehr um teils enge Wege, was sich in deren Namensgebungen ja auch ausdrückt. Sowohl für die Erhöhung der Verkehrssicherheit als auch für eine generelle Verkehrsberuhigung wäre das Zuteilen weiterer Wege in Einbahnstrassen äusserst wünschenswert (beispielsweise Hofweg, Schulweg, Blumenweg).

Äusserst problematisch, weil im Strassenverkehr nur noch selten anzutreffen, ist im übrigen der geltende Rechtsvortritt. Täglich müssen alle Verkehrsteilnehmer/Verkehrsteilnehmerinnen - ob Fussgänger/Fussgängerinnen, Velofahrer/Velofahrerinnen oder Automobilisten/Automobilistinnen - feststellen, dass dieser Rechtsvortritt immer wieder missachtet wird. Die dadurch entstehenden Situationen im Strassenverkehr im Lorrainequartier sind oft äusserst gefährlich, entsprechende Gegenmassnahmen sollten dringend geprüft werden.

Ich bitte den Gemeinderat daher um Beantwortung folgender Fragen:

1. Teilt der Gemeinderat die Ansicht, dass angesichts der oben aufgeführten und nicht abschliessend aufgezählten Problemstellungen im Lorrainequartier Massnahmen zur Verkehrsberuhigung und zur Verbesserung der Lebensqualität, insbesondere für Kinder, dringend notwendig sind?
2. Ist ein - den neuen und oben aufgeführten Umständen angepasstes - Gesamtverkehrs- und Quartierkonzept für das Lorrainequartier bereits in Bearbeitung oder ist eine solche Konzeption geplant?
3. Wenn ja, welche Massnahmen sind vom Gemeinderat bereits vorgesehen oder initiiert worden, welche Massnahmen haben für den Gemeinderat Priorität und welche Ämterstellen sind in eine solche Planung involviert?
4. Wann und in welcher Form beabsichtigt der Gemeinderat, betroffene Anwohnerinnen und Anwohner, Quartier- und Interessenvereinigungen in die Erarbeitung eines solchen Massnahmen-Konzepts miteinzubeziehen?

Bern, 16. September 1999

Catherine Weber (GB), Annette Brunner, Blaise Kropf, Michael Jordi, Annemarie Sancar, Doris Schneider, Regula Keller

Interpellation Hans Ulrich Gränicher (SVP): Ist der Notarztdienst ab 1.1.2000 infolge Vertragskündigung durch die Stadt Bern gefährdet?

Der medizinische Bezirksverein Bern-Stadt teilt in einer Medienmitteilung vom 9. September 1999 folgendes mit:

Die Stadt Bern will sparen. Davon betroffen ist auch der ärztliche Notfalldienst NOTARZT Bern. Die Stadt Bern streicht ihren jährlichen Beitrag an diese Institution von rund 200 000 Franken. Anrufe auf die Notarzt Nummer 311 22 11 sind aus diesem Grunde ab nächstem Jahr nicht mehr gratis.

Der medizinische Bezirksverein Bern-Stadt organisiert den Notfalldienst und betreibt zu diesem Zweck die telefonische Beratungs- und Vermittlungsstelle NOTARZT Bern unter der jetzigen Nummer 311 22 11.

NOTARZT Bern berät Patientinnen und Patienten und vermittelt eine Ärztin oder Arzt, wenn die Hausärztin oder der Hausarzt der eigenen Wahl nicht erreichbar ist. Darüber hinaus vermittelt die Zentrale Notfallapotheken, Tierärzte, Zahnärzte und Gemeindeschwestern.

Gemäss Statistik des Medizinischen Bezirksvereins Bern-Stadt waren Ärztinnen, Ärzte und Apotheken der Stadt Bern 1998 pro Tag durchschnittlich 49 Mal pro Tag im Einsatz.

Zusätzlich wurde die Notarzt-Zentrale 1998 pro Tag durchschnittlich 67 Mal um Auskünfte und Beratungen gebeten.

Die Ärztinnen und Ärzte der Stadt und Region Bern betreiben den Notfalldienst neben der medizinischen Tätigkeit in ihrer Praxis. Das Jahresbudget beträgt rund 650 000 Franken, davon übernehmen die Mitglieder des Medizinischen Bezirksverein Bern-Stadt und die übrigen Medizinalpersonen 450 000 Franken. Die Stadt Bern leistete bis anhin einen jährlichen Beitrag von rund 200 000 Franken.

Ab 1. Januar 2000 will die Stadt Bern ihren Beitrag aus Spargründen nicht mehr bezahlen. Wenn der Notfalldienst trotzdem erhalten werden soll, muss der Fehlbetrag über eine Telefongebühr erhoben werden. Die NOTARZT-Nummer wird ab 1.1.2000 nicht mehr gratis sein.

Die bernische Ärzteschaft will ihren Notfalldienst NOTARZT Bern weiterhin betreiben, weil dafür ein offensichtliches Bedürfnis besteht.

Ein durch die praktizierenden Ärztinnen und Ärzte getragener Notfalldienst in der Art, wie er in Bern und Umgebung funktioniert, ist ja nicht zuletzt auch ein Beitrag zur Kostenminderung im Gesundheitswesen. Für die Betreuung der Notfallpatientinnen und -patienten kommt neben qualifiziertem Personal mit entsprechendem Know-how eine ebenso bestehende Infrastruktur zum kostengünstigen Einsatz.

In dieser Angelegenheit bitten die Unterzeichnenden um Beantwortung folgender Fragen:

1. Hat der Gemeinderat den Vertrag mit dem medizinischen Bezirksverein Bern-Stadt ausschliesslich aus finanziellen Erwägungen gekündigt?
2. Wie beurteilt der Gemeinderat den Entscheid des medizinischen Bezirksvereins, einen kostenpflichtigen Notarztdienst einzuführen? Besteht dadurch nicht die Gefahr, dass insbesondere auch ältere Leute nun aus Kostengründen auf diese Dienste verzichten?
3. Wäre es denkbar, die Notarzt Nummer mit der Nummer 144 der Sanitätspolizei zu koordinieren oder gar zusammenzulegen? Liessen sich dadurch nicht zusätzlich Kosten einsparen?

Begründung der Dringlichkeit:

Der Entscheid ist für das Budget 2000 bereits wirksam und sollte deshalb möglichst bald getroffen werden.

Bern, 16. September 1999

Hans Ulrich Gränicher (SVP), Beat Schori, Erich Ryter, Peter Linder, Margrit Thomet, Rudolph Schweizer, Thomas Fuchs

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Interpellation Kurt W. Weyermann (FDP): Verkehrsberuhigung vor Sicherheit

Mit der Sanierung des Strassenbelages auf der Bahnhofunterführung Neuengasse und den damit verbundenen Verkehrsmassnahmen wurde einige Male festgestellt, dass in den Hauptverkehrszeiten die stehenden Fahrzeugkolonnen den Einsatz der Feuerwehr- und der Ambulanzfahrzeuge stark beeinträchtigen. So standen zum Beispiel am 17. August 1999 drei Feuerwehrwagen mit Blaulicht und Martinshorn in der Autoschlange die von der Schützenmatte bis zum Bahnhof reichte, still. Zu diesem Zeitpunkt waren zwei Fahrspuren, im Bereich Einmündung Aarberggasse bis Bahnhof benützbar. Im Wissen, dass die definitive Lösung nur noch eine Fahrspur vorsieht, wird der Gemeinderat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Ist sich der Gemeinderat bewusst, dass die Verkehrsberuhigungsmassnahmen im Bollwerk dazu führen werden, dass die Interventionszeiten der Rettungsdienste stark verlängert werden?
2. Wer trägt die Verantwortung, wenn Rettungsmannschaften durch die wenig sinnvollen Verkehrsberuhigungsmassnahmen nicht rechtzeitig auf einem Brandplatz oder Unfallort eintreffen und dadurch Menschen zu Schaden kommen?
3. Ist sich der Gemeinderat auch bewusst, dass sich die Interventionszeiten der Rettungsmannschaften stark verlängern werden und die Vorgaben nach NSB nicht mehr erreicht werden können?
4. Wie will der Gemeinderat unter diesen Umständen den Sicherheitsstandard, wie es sich die Einwohner der Stadt Bern gewohnt sind, weiterhin sicherstellen?

Begründung der Dringlichkeit:

Die Dringlichkeit wird damit begründet, dass im jetzigen Zeitpunkt eine Korrektur der Verkehrsberuhigungs-Massnahmen im Bereich Bollwerk noch ohne grosse Mehrkosten gemacht werden könnte.

Bern, 16. September 1999

Kurt W. Weyermann (FDP), *Stephan Hügli*, *Markus Blatter*, *Adrian Haas*, *Ueli Haudenschild*, *Annemarie Lehmann*, *Urs Jaberg*, *Heinz Rub*, *Thomas Balmer*, *Katharina Suter*

Die Dringlichkeit wird vom Stadtrat abgelehnt.

Schluss der Sitzung: 23.00 Uhr

Namens des Stadtrats:

Der 1. Vizepräsident: *René Zimmermann*

Die Protokollführerin: *Jeannette Steiner*